

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 22, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 ...

München, 19. Januar 1895.

Insertions die vierspaltige Weltzeile ober deren Raum 20 ...

Sozialpolitisches aus der Aera des neuesten Jahres.

In der jüngsten „Thronrede“, nicht der des deutschen Kaisers, sondern der seines neuesten Kanzlers, kommt auch eine Stelle vor, in welcher, zwar nicht wörtlich, aber doch dem Sinne nach ausgedrückt ist, daß für die begehrtlichen Arbeiter im deutschen Reich endlich genug geschehen sei auf dem Gebiete der so segensreichen sozialen Reformen, und daß man jetzt auch einmal daran denken müsse, den armen gedrückten Unternehmern, welche so große Opfer für die an Allen Ecken und Enden begünstigten Arbeiter zu bringen haben, etwas zukommen zu lassen.

„Heute sind es nun zehn Jahre, daß dieses Gesetz (das Unfall-Vers.-Ges.) erlassen, Tausende von Entschädigungen im Betrage von Millionen sind gezahlt, große, fast unerschwingliche Opfer sind seitens der deutschen Industrie gebracht worden.“

„Die Antwort auf diese Frage muß leider dahin lauten, daß sich sehr wenige der Arbeiter bewußt sind, daß für sie so ausgezeichnet gesorgt ist, wie für keinen anderen Stand.“

Die weiteren Expektationen dieses Musterdoktors, der, wenn er's nicht ist, verdiente, Vertrauensarzt einer der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften zu sein, und der nicht einmal zu wissen scheint, daß Unfall-Angelegenheiten gar nicht „vor die Gerichte“ kommen, verühren uns hier nicht.

Wir haben einen Theil seiner Weisheit nur angeführt, um zu zeigen, welche Stimmung in den Regionen, die da über dem „gemeinen“, lediglich zu Arbeit und zum Entbehren „bestimmten“ Volke zu schweben sich einbilden, herrscht. Und aus dieser Stimmung heraus läßt sich's wohl auch erklären, daß bis heute dem deutschen Reichstag das seit drei oder vier Sessionen in Aussicht gestellte Gesetz behufs Abänderung, resp. Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes nicht in Vorlage gebracht worden ist.

Bei der großen Menge von „wichtigeren“ Dingen, mit denen der Reichstag sich zu beschäftigen hat: Infrastruktur, Steuerprojekte, Marineerweiterungs-Forderungen u., darf es uns wohl kaum wundern, wenn auch die gegenwärtige Session vergeht, ohne dieses außerordentlich wichtige Gesetz zu bringen.

Wir wollen mit der Aufzählung der eben angeführten gesetzgeberischen Probleme aber nicht etwa sagen, daß unsere deutsche Gesetzgebungsmaschinerie sich mit Sozialpolitik diesmal gar nicht zu befassen habe. Ganz im Gegentheil! Wenn wir die Reichstagsdrucksachen, so wohl die Regierungsvorlagen als die Initiativanträge aus dem „hohen Hause“ durchsehen, so finden wir bedrucktes Papier im Gewichte von mehreren Tilo, dessen Inhalt unbedingt unter den Begriff „Sozialpolitik“ zu subsumieren ist.

Da finden wir z. B. einen 32 Paragraphen starken, von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei. Durch diesen Entwurf, dessen Nothwendigkeit wir gar nicht bestreiten wollen, werden wir darüber belehrt, welcher Unterschied zwischen Flößerei und Schifffahrt in rechtlicher Beziehung besteht, auch darüber, was ein Flößeigener, ein Flößführer und ein Flokmann ist; wir erfahren, welche Bestimmungen über den Vergelohn bei Hilfeleistungen in Unglücksfällen künftighin bestehen sollen, welche Verhältnisse dabei zutändig sind, welche Verpflichtungen der Flokmann, d. h. der Arbeiter dem Flößführer und dieser dem „Eigner“, dem Unternehmer, gegenüber hat. Aber wir erfahren mit keinem Wort, welche gesetzliche Arbeitszeit und Arbeitsruhe für die arg geschundene Klasse der Flokmannschaften bestehen soll, in welcher Weise der Eigner im Erkrankungsfalle für die Mannschaft zu sorgen hat usw. usw. — Aber Sozialpolitik ist es doch, was sich uns da in so überaus mangelhafter Form als Entwurf zu einem Gesetze präsentiert.

Dann finden wir einen von der „Mittre“ des Zentrums: Gröber Hige, Wegner, Schädlar u. Gen. eingebrachten Antrag, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. In einem Viertel-hundert von Paragraphen und Artikeln verlangen die Herren, die auch einen des Namens Euler unter sich zählen, daß die in den letzten 10 Jahren fast in jeder Session durch Aufsetzen eines neuen Flickens verunsicherte Standarte, auf der die Gebote über den Gewerbebetrieb und Nichtbetrieb zu lesen sind, abermals einen schwarzen Lappen aufgesetzt bekomme. Ihre Forderungen drehen sich vorzugsweise um das Hausirergewerbe. Die armen Teufel von umherziehenden Händlern sollen in noch engere Fesseln geschmiedet und vor Allen soll die Koffportage erschwert werden. Bei der gegenwärtigen Strömung im deutschen Parlament werden die Eulen nicht vergebens schreien.

Den ganzen Hunszumber auf einmal und noch Einiges dazu bringen Kropatschek (Abdankter der „Neuzzeitung“)

und Jakobskötter (antisemitisch-deutschkonservativer Schneidermeister aus Grunz), unterstützt von sämmtlichen Blechschneidern der äußersten Rechten, ein. Es lohnt sich, die sozialpolitischen Herzenswünsche dieser „von und woßn“ im Wortlaut wiederzugeben. Die Herrschaften beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen: dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald Gesetze vorzulegen, durch welche die Erlaubnis zur selbständigen Betreibung eines Handwerks unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe von dem vorausgegangenem Nachweis der Befähigung abhängig gemacht wird, den Konsumvereinen die Abgabe von Waaren an Nichtmitgliedern schlechthin und unter Strafanandrohung verboten wird,

die Abzahlungsgeschäfte im Sinne der Kommissionsbeschlüsse der letzten Session der 8. Legislaturperiode beschränkt, die Wandertlager aber und Wanderauktionen ganz verboten werden,

der Hausirhandel eingeschränkt und den Detailreisenden, vorbehaltlich etwaiger durch das Bedürfnis des Verkehrs unerlässlich gebotener Ausnahmen, untersagt wird,

der § 100c der Gewerbeordnung dahin abgeändert wird, daß die in denselben den Innungen in Aussicht gestellten Vorrechte auch gegen die Arbeitgeber, welche selbst zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind, geltend gemacht werden können,

bestimmt wird, daß die Vorrechte aus §§ 100a und 100f beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einer Innung dann gewährt werden müssen, wenn die Wehrheit der selbständigen Handwerker ihres Bezirks in sich bereinigt,

vorgeföhren wird, daß aus der Bezeichnung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts das Geschlecht und der Name des Inhabers erkennbar sein muß,

denjenigen eine Strafe angedroht wird, der nach erkannter Zahlungsunfähigkeit Geschäfte auf Kredit macht, ohne den anderen Theil zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu haben.“

Deutschkonservative und Ultramontane zusammen beantragen sodann wiederum die Errichtung der als agrarpolitisches Heilmittel für den Kleingrundbesitz gepriesenen „Heimstätten“.

Hige u. Gen., ebenso die national-liberalen Herren Dr. Samwacher, Cunnecerns u. Gen. beantragen gleich den Kropatschek u. Gen. den Erlaß von Maßregeln gegen die Konsumvereine, welche noch vor kaum 20 Jahren von der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als Allheilmittel sämmtlicher sozialer Schäden angepriesen wurden.

Die „Demokraten“ in Verbindung mit dem „Freisinn“ wollen dem Herrn Reichskanzler ersuchen,

„Erhebungen darüber zu veranstalten, inwieweit die Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juni 1891 über die Sonntagruhe im Handeltgewerbe in Bezug auf einzelne Kategorien von Personen oder Geschäftszweigen oder Ortsklassen einer Abänderung bedürfen, insbesondere auch im Interesse des Handwerks und des Kleinhandels an solchen Orten, welche auf den ländlichen Verkehr angewiesen sind.“

Dieselben Leute beantragen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen, welche nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung oder des Handelsgesetzbuches fallen, vorzulegen.“

Es handelt sich in diesem gewundenen Urtheile, das nicht Aha noch Jleisch ist, um die Diensthoten, welche noch unter total veralteten Verordnungen stehen, wie sie für Selbstigene passen würden, deren direkte Abschaffung diese Mütter von der traurigen Gestalt sich nicht zu ver-langen getrauen.

Als „Freunde einer geregelteren Arbeitszeit“ möchten sich die Zentralkämmer, welche den wirklichen Konsumarbeitsstag aus ihrem sozialpolitischen Speisegetriebe genirichen haben, durch folgenden Quartanz aufspielen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber zu veranstalten:

wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen (§ 137 der Reichs-Gewerbeordnung) in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt hat;

welche „Erfahrungen“ speziell bezüglich des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung gemacht sind;

inwieweit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt hat;

inwieweit nach den gemachten Erfahrungen eine generelle oder spezielle Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter nothwendig erscheint und welche Beschränkung; wie die Beschäftigung verheiratheter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt;

inwieweit die Vorschrift der Gewährung einer 1/4stündigen Mittagspause für Arbeiterinnen, welche ein Handwecken zu besorgen haben (§ 137 Abs. 4 der Gewerbeordnung) jenen thatsächlich zu Gute kommt; welche weitere gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheiratheter Frauen möglich und nothwendig erscheinen.“

Für eine bedeutende „sozialpolitische“ That halten jedenfalls die Herren Antisemiten ihren sehr ausführlichen Antrag, die Einwanderung ausländischer Juden zu verbieten und die Gewährung der Staatsangehörigkeit an in einem deutschen Bundesstaat bereits ansässige Juden gleichfalls zu unterjagen. Die nünftlichen Volksvertreter wollen auch das Schächten verbieten und die konfessionelle Eidesformel wieder einföhren.

Von Wichtigkeit kann der von ultramontaner Seite eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die eingetragenen Berufsvereine werden, welcher sich in ähnlichem Geleise bewegt, wie der schon mehrfach von Max Girsch vertretene Antrag; nur muß zugegeben werden, daß der Zentrumsantrag mehrere entscheidende zweckmäßigere, den Arbeitern günstigere Bestimmungen enthält, als der gewerkschaftlich-freisinnige. Es wird, wenn der Entwurf nicht wegen Kürze der Zeit oder „aus sonstigen Gründen“, die beim Zentrum oft recht unverhohlet sich einstellen, unter den Tisch fällt, im Laufe der Session des Weiteren über denselben zu reden sein. Ueber den Zweck der Berufsvereine wird im § 9 des Entwurfs Folgendes gesagt:

„Der Zweck der Berufsvereine kann insbesondere durch folgende Unterstühungen und Einrichtungen erreicht werden:

- 1. unentgeltliche Rechtsberatung und Rechtsausübung; 2. Arbeitsnachweisung und Unterstützung bei Reisen, bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsausständen

und Arbeitsausschüssen, sowie in außerordentlichen Notfällen; 8. herkömmliche Bildung durch Vorträge, Diskussionen und Besichtigungen über alle das Interesse der Mitglieder berührende Fragen, Unterrichtskurse, Bibliothek und Zeitschriften, insbesondere Förderung der körperlichen, geistlichen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter;

4. Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder, insbesondere durch Erreichung von Schieds- und Einigungsämtern.

Die Untersuchungen und Einrichtungen können auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt als vorläufig wichtigste Maßregel zur Förderung der Arbeiterbewegung und Erleichterung der wirtschaftlichen Kämpfe die Befreiung aller vereinigungsrechtlichen Hindernisse und wirkliche, nicht bloß papierne Anerkennung des Koalitionsrechts durch nachstehenden Gesetzentwurf:

Die Mitgliedsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Meetings, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzugeben.

Die Mitgliedsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährtesten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem Allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

Bis letztere Forderung einmal Gesetzeskraft erlangt, werden wir wohl um einige Jahre älter sein.

Württembergische Metall- und Maschinenindustrie.

In mehreren Artikeln des vorigen Jahres wurde eine informative Uebersicht über die Metall- und Maschinenindustrie Berlins, der Schweiz, Oesterreichs und über die geschäftlichen Verhältnisse einer größeren Anzahl von Aktiengesellschaften der deutschen Metall- und Maschinenindustrie gegeben. Eine weitere Ergänzung und Erweiterung dieser wirtschaftlichen Kenntnis soll nachstehend gegeben werden bezüglich der Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg. Als Grundlage hierzu dient der von der kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart für 1893 herausgegebene Jahresbericht, welcher Auszüge aus den Jahresberichten der acht württembergischen Handels- und Gewerbeämtern enthält.

Was in diesen Einzelberichten über die wirtschaftliche Lage der württembergischen Metall- und Maschinenindustrie gesagt wird, deckt sich im Wesentlichen mit den unseren Lesern bekannten Darstellungen in den oben erwähnten Artikeln. Als die Ursache der unbefriedigenden Geschäftslage im Jahre 1893 werden die Krisen in Amerika und Australien, zum Teil auch in England und der Zollkrieg mit Rußland, ferner die in Folge des Futtermangels eingetretene landwirtschaftliche Notlage angeführt. „Verschiedene Stabilisements“, sagt die Stuttgarter Kammer, deren Schwerpunkt bisher im Export lag, mußten sich nun ebenfalls um die Aufträge im Inlande bemühen und suchten, weil sie — wenigstens teilweise — keine inländische Konkurrenz hatten, durch Unterbietung in's Geschäft zu kommen. Der Eisen- und Metallwarenmarkt stand demgemäß 1893 unter einem scharfen Rück-

gang der Preise, welche gegen Ende des Jahres wohl theilweise unter die Selbstkosten herabgesunken sind. Die durch die Unsicherheit im Absatz und die fortwährenden Preisschwankungen veranlaßte allgemeine Zurückhaltung hat nach einem Berichte dazu geführt, daß die Lager der Konsumenten überall auf das kleinste Maß reduziert sind und da auch die Fabrikanten bei der möglichen Einschränkung des Betriebes keine großen Vorräthe schaffen, so könnte, wenn ein lebhafter Konsum eintritt, Mangel an Waare sich fühlbar machen. „Dies ist um so eher möglich, als der Konsum in den größeren Städten und besonders hier (Stuttgart) am Plage, nicht in so ausgedehntem Maße gekillt hat, sondern die Verhältnisse sich hier günstiger gestalten. In den größeren Städten, welche von der Landwirtschaft weniger beeinflusst sind, nimmt der Konsum bei den Kaufleuten und namentlich im Baugewerbe zu.“ Die Webereien führten Ende November 1893 einen Preisaufschlag von 3 pro 100 Klg. = ca. 10 Prozent durch, welcher Aufschlag sehr belebend auf das Schuhgeschäft der letzten Wochen des Jahres wirkte. Die vereinigten Unternehmer führen so in aller Stille und ohne besonderen Widerstand ihrer Arbeiter eine kleine Lohnerhöhung verlangen, oder sich gegen eine projektierte Lohnreduktion zur Wehre setzen, welches Geschrei erheben dann regelmäßig dieselben Unternehmer. Die kräftigsten Ausbriete, wie Heber, Wähler, Umstürzer u. werfen sie den Arbeitern an den Kopf und die stets rettungsbercite Polizei springt den Herren helfend zur Seite.

Die Kammer in Heidenheim berichtet über das kgl. Hüttenwerk Wasseralfingen: „Der Betrieb des kgl. Hüttenwerkes Wasseralfingen erstreckte sich im Jahre 1893 auf Herstellung von Gußwaaren aller Art für Haushaltungszwecke, schwarzen und farbig emailirten Defen, Ornamenten, Maschinen, von Röhren, Wasserleitungs- und Kanalisationsartikeln, schmiedeeisernen Wagenrädern und Lokomotivrädern, Wellen und Kreuzungen, Zentralwellenanlagen, Dampfhammer-eisen, Wellen, Kurbeln und Schraubstangen, von Wellen für Präzisionszylinder, von Tagonen und Handelseisen, Flußeisen und Martinstahl. Der Umsatz hielt sich annähernd auf der Höhe des Vorjahres, ebenso der Export nach Oesterreich, der Schweiz, Oberitalien, Belgien, Rußland und Syrien. Die Verkaufspreise waren etwas niedriger als im Vorjahre. Ebenso waren die Preise der Roh- und Hilfsstoffe etwas gesunken, mit Ausnahme derjenigen von altem Schmiedeeisen. Bei dem kgl. Hüttenwerk Königsbrunn sind wesentliche Veränderungen in den Absatzverhältnissen nicht eingetreten.“

Bezüglich der Maschinenindustrie berichtet die Stuttgarter Kammer, daß bei den unsicheren Verhältnissen in Südamerika und den finanziellen Schwierigkeiten in Portugal und Italien der Export noch mehr abgenommen hat. Sehr unbefriedigt äußern sich namentlich die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen; der inländische Absatz war schwieriger als im Vorjahr, der außerhalb Deutschlands gleich Null; nur der in die Schweiz hat etwas zugenommen. Obgleich die Verkaufspreise gedrückt als 1892 waren, so daß von entsprechendem Nutzen kaum mehr die Rede sein kann, so gelang es doch nur bei äußerster Anstrengung, genügende Beschäftigung zu erlangen.

In der zweiten Jahreshälfte zeigte sich in Folge des Wassermangels eine lebhaftere Nachfrage der Mühlenbesitzer nach Lokomobilen, Turbinen, Wasserrädern, so daß eine schöne Zahl von Geschäftsabschlüssen erzielt werden konnte; doch war eine entsprechende Erhöhung der gedrückt-

ten Preise bei dem abnormen Preisrückgang der Rohprodukte, kaum durchzuführen. Auch für die Spezialität der Herstellung eiserner Brücken ergab sich eine befriedigende Nachfrage. In Betreff der öffentlichen Vergabung z. B. von Eisenbahnmaterial, von Maschinen zur Straßenreinigung u. s. w. wird der Wunsch nach der präzisesten Durchführung möglichst langer Liefertermine wiederholt, da solche immer wieder von Staats- und Gemeindebeamten zu kurz bemessen würden; ferner sollte in Fällen, wo nur eine kleine Konkurrenz vorhanden, überhaupt nicht akkordiert, sondern der Bedarf wechselweise bei dem Einen oder Anderen gedeckt werden. — Unseres Erachtens sind das recht vernünftige Wünsche.

Die Ravensburger Kammer berichtet, daß die bedeutendste Maschinenfabrik ihres Bezirks, welche Maschinen für Papierfabriken, Mähdrescher, Turbinen und Motoren herstellt und nach Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Norwegen, Rußland, Finnland, Südamerika und Australien exportiert, die Geschäftslage für ungünstig erklärte. In Folge des starken Geschäftsganges ist die Arbeiterzahl in der betreffenden Fabrik um 30 vermindert worden.

Eine Fabrik von Werkzeugen für Eisen- und Blechbearbeitung, welche auch nach der Schweiz, Holland, Rumänien und Südamerika exportiert, bezeichnet die Geschäftslage als unverändert, obwohl gleicher Absatz vorhanden gewesen sei.

Der Kammer in Neutlingen gingen die gleichen Klagen zu von den vereinigten Werkstätten zum Brüberhaus in Neutlingen. Dieses Stahlwerk liefert sämtliche Maschinen zur Einrichtung von Papierfabriken, ferner für die Textilbranche, für Farbenfabriken und Papeterlewaaren und es arbeitet in der Hauptsache im allgemeinen Maschinenbau; die Maschinen für Papierfabriken liefert es hauptsächlich nach Frankreich, Italien, Oesterreich, Rumänien, Rußland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien, Portugal, Schweiz u. s. w. „Der Absatz hat allerdings, jedoch bei fortwährend fallenden Verkaufspreisen unwesentlich zugenommen, so daß er nicht lohnender geworden ist, wenn auch die Rohmaterialpreise etwas zurückgegangen sind. Dagegen sind die Arbeitslöhne im Einzelnen etwas erhöht und werden zuverlässige Arbeitskräfte immer seltener.“ — Daß bei der behaupteten gedrückten Geschäftslage eine, wenn auch nur vereinzelte, Lohnerhöhung stattgefunden, klingt so eigentümlich, daß es von Interesse wäre, zu erfahren, welche Bewandnis es damit hatte. Auf die andere Behauptung soll gelegentlich einmal ausführlicher eingetreten werden.

Eine andere Maschinenfabrik in Neutlingen, welche sämtliche Maschinen zur Kunstvollfabrikation und Dampfmaschinen erzeugt, erstere nach Oesterreich, Schweiz, Italien, Rußland, Schweden u. s. w. exportiert, bezeichnet die Geschäftslage als gebessert. Der Export hat um 10 Prozent zugenommen, die Preise dagegen waren nicht lohnend.

Eine Maschinenfabrik für landwirtschaftliche und gewerbliche Maschinen klagt über den Rückgang des Exportes nach der Schweiz und Oesterreich. Ähnlich berichtet eine andere Maschinenfabrik und Eisengießerei, welche sich hauptsächlich mit allgemeinem Maschinenbau, Fabrikation von Riemenscheibenformmaschinen, von Drehbänken, Maschinen für Eisengießereien, von Riemenscheiben und Transmissionsen befaßt. Eine günstige Ausnahme bilden die nach eigener Erfindung patentierten Riemenscheibenformmaschinen für Eisengießereien, welche nach Amerika und Oesterreich exportiert werden, ebenso im Inland die auf diesen Maschinen gefertigten Riemenscheiben, welche sich eines guten Absatzes erfreuen.

Der Bericht von Göppingen besagt: Unsere größte Fabrik landwirtschaftlicher

Maschinen hat im ersten Halbjahre durch den Futtermangel sehr zu leiden gehabt, zum Teil fehlte es ganz an Aufträgen. Im zweiten Halbjahre entwickelte sich dann der reiche Absatz noch ein sehr lebhaftes Geschäft. Ebenso hob sich der Absatz nach der Schweiz in Folge des französisch-schweizerischen Zollkrieges und dank des mit der Schweiz abgeschlossenen Handelsvertrages. — Eine kleinere Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen kann über den Geschäftsgang nicht klagen, sie hatten guten Absatz nach Elsaß-Lothringen, doch erwähnt sie einer Ungerechtigkeit, welche die kleinen Betriebe schädigt, indem die Kosten der Steijelvisitation für den kleinen Kessel so groß seien wie für den großen Kessel.

Der Wertzeugmaschinenbau hatte unter der allgemeinen Geschäftslage sehr zu kämpfen. In Folge der norddeutschen Konkurrenz, der es am gewöhnlichen Absatzgebiete fehlte, war nur zu gedrückt der Absatz zu erzielen, ein lohnendes Geschäft war unmöglich. Dazu kam noch, daß auch Aufträge nach Italien, auf welche sonst immer zu rechnen war, in Folge der dortigen Finanzkrise diesmal ganz ausblieben. Es mußten nach und nach 20 bis 30 Arbeiter entlassen werden. — Ebenso verhielt es sich mit dem Bau von Mischmaschinen, woran neben der allgemeinen Flaute die verminderte Bauhätigkeit Schuld trägt. Einigen Ersatz brachten größere Lieferungen an Einrichtungen für Großbetriebe. Auch hier hatte die Erledigung einer größeren Einrichtung auf das Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages.

(Schluß folgt.)

Ueber deutsche Sozialgesetzgebung im Jahre 1894

schreibt Dr. Max Duard im „Sozialpolitischen Zentralblatt“:

So reich das eben verfloßene Jahr an politischen Ueberraschungen und Verschiebungen war, so arm und unfruchtbar blieb es an positiven Schöpfungen der Sozialgesetzgebung. Es trägt auf diesem Gebiete den Stempel der größten Schaffensmüdigkeit. Das „Halt!“, welches das deutsche Unternehmertum der Arbeitergesetzgebung gebieterisch zurief, als im Jahre 1893 die letzten Ausführungsbestimmungen für die Gewerbeordnungsreform von 1890/91 erlassen waren, hat gründlich gewirkt. Man braucht keine besonderen Mittel, um diesen Stillstand herbeizuführen; die Unternehmer sprechen in ihren Organisationen und deren Kundgebungen, rücksichtslos, offen und rauh, wie sie es gewohnt sind, — und die Regierungsmaschine arbeitete einfach nicht mehr in der erwünschten Richtung. Nichts ist bezeichnender für die Einflüsse, welche heute in Staat und Gesellschaft noch immer die mächtigsten sind, als diese stillschweigende Uebereinstimmung zwischen Unternehmern und Behörden. Die „Wahlverwandtschaft“ ins Moderne überseht, sozialpolitisch illustriert.

Sonst gelten wohl geordnete Erhebungen über soziale Zustände als eine willkommenere und fruchtbare Vorarbeit für die nachfolgende gesetzgeberische Arbeit. Enquetes haben wir auch im verfloßenen Jahre genug gehabt. Aber die Dinge sind jetzt auf den Kopf gestellt. Je mehr Erhebungen angestellt werden, desto weiter in die Ferne gerückt erscheint heute bei uns die praktische Lösung der behandelten Fragen. An die kaum abgeschlossene Württembergische Enquete hat sich im vergangenen Jahr eine in den letzten Tagen des Mai begonnene Agrarkonferenz gereiht, bei der wohl Minister, Regierungsräte, Professoren und Großgrundbesitzer, aber keine Bauern und Landarbeiter vertreten waren, deren Programm die Aktenhefterschaft verriet und deren Ergebnis — nicht einmal den agrarischen Erwartungen entsprach.

Nicht ein einziger greifbarer Plan ist als reife Frucht dieser Verhandlungen zu verzeichnen. Und das agrarische Interesse beherrscht doch so wesentlich die maßgebenden Stellen. Kein Wunder, daß den gewerblichen Arbeiterkategorien, deren Verhältnisse im Laufe des Jahres durch die Reichskommission für Arbeitsstatistik zu erforschen versucht worden, eine Ansicht auf praktischen Gesetzesgebung noch weniger winkte. Die Kommission förderte die Bitterenquete so weit, daß sie den abschließenden Bericht an den Reichskanzler erstattete und Schutzbestimmungen im Entwurf vorlegte. Es sollte ein ganz beiseitener Anfang mit dem durch viele Ausnahmen durchbrochenen Zwölfstundentag mit halber Sonne- und Feiertagsruhe für Bittererarbeiter gemacht werden. Das geschah bereits im August; und die erste Nachricht aus dem Reichsamt des Innern über diese Vorschläge datiert aus den letzten Tagen des Jahres und spricht von „weiteren Erwägungen“ . . . Die Quellen über die Mühlen, die Zustände im Ladengeschäft und das Gastwirtspersonal sind noch gar nicht bis zum Schlussbericht gelangt, obgleich sie auch schon Jahre lang dauern. Die Reichskommission hält immer lange Anhepannen zwischen ihren einzelnen Sitzungen . . . Dafür ist dem am Schlusse des Jahres zusammengetretenen Reichstag die vollkommene Botschaft der endlichen Wiederholung einer deutschen Verfassungszählung zugegangen, eine Gesetzesvorlage, welche die Ermächtigung zur Vornahme dieser Zählung für 1895 nachsucht. Daß der Fragebogen für diese Zählung erst durch das sozialdemokratische Zentralorgan, statt durch den Reichsanzeiger, bekannt werden mußte, daß er also überhaupt kaum zur wissenschaftlichen und öffentlichen Kritik gestellt wird, — dies sind die üblichen Nebenerscheinungen bei einem sonst verdienstlichen Unternehmen, die kaum mehr auffallen.

Die soziale Betriebsamkeit, die dem gegenüber in den freien Organisationen der Arbeiter und Unternehmer herrscht, scheint eine Art von Reiz bei den Behörden erweckt zu haben. Denn im verflossenen Jahre ist nicht nur nichts zum Schutze und zur gerechten Verteilung von Sonne und Regen zwischen diesen Vereinigungen gethan worden, sondern man hat ihrer freien Entfaltung, soweit sie von Arbeitern gefördert wird, möglichst viele Hindernisse in den Weg gelegt. Die Anfang des Jahres unter berebtem Schweigen aller Regierungsvertreter in eine Kommission verwiesenen zahmen Anträge des Freisinn und Zentrum wegen Verleihung der Rechtsfähigkeit lediglich an wirtschaftliche Berufsvereine haben gesetzgeberisch zu nichts geführt; dafür hat die sächsische Regierung politische (sozialdemokratische) und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen, die bayerische einzelne Frauenvereine aufgestellt auf Grund veralteter Gesetzesbestimmungen, manchmal auch ohne solche. Und dabei zeigte die Einführung der gesetzlich geordneten Landwirtschaftskammern in Preußen, welchen Werth heute in sich abgegrenzte Gesellschaftsklassen auf freie Organisationen legen. Die bisher in landwirtschaftlichen Zentralvereinen mit ungehinderter Bewegung und Aktionsfähigkeit zusammengeschlossenen Großgrundbesitzer namentlich der ostelblichen Provinzen haben es sich lange überlegt, ob sie die Form der freien Vereinigung gegen diejenige der Landwirtschaftskammern aufgeben sollten. Wenn dies eine Gesellschaftsklasse thut, die, bevorrechtet wie keine sonst, Vertreter in allen gesetzgebenden Körperschaften und Verwaltungen hat, über einflußreiche Presseorgane verfügt, ihre Macht bis in die Postkreise ausübt und unsichtbare Verbindungen hinter den Kulissen des Gesellschaftslebens pflegt — wenn diese mächtige Klasse sich sehr schwer einschließen

lassen zum Aufgeben einer freien Organisation — wie muß dann der abhängige Proletarier an seinen Vereinigungen hängen, und wie müssen ihn beherrschende Mafregeln treffen, die sich gegen seine Koalitionen richten. Ist es wirklich glaublich, daß man an maßgebenden Stellen von diesen freilich unwidzbaren Dingen nichts wüßte? . . . Nein, der preussische Gesetzentwurf zum Schutze des Statistisches hat gezeigt, daß man auch in amtlichen Kreisen ein sehr feines Verständnis für den ideellen und — materiellen Werth der Koalition hat. Und doch ist die Missimmung, welche die Ablehnung des Statimonopols durch das preussische Abgeordnetenhaus an gewissen Stellen erregt haben mag, ein toller Unzucht gegen den Sturm, den man mit der Auflösung der Arbeiterorganisationen, mit der Umsturzvorlage auf gesetzlichem oder Verwaltungswege jät.

Was neben diesen Kennzeichen für den sozialen Kriegskarakter des abgelaufenen Jahres als Merkmal aufbauender Gesetzgeberrätigkeit steht, sind Dinge dritten und vierten Ranges. Ein Anlauf zur Regelung der Entschädigung für unschuldig Verurtheilte, die gesetzliche Ordnung einiger armenrechtlicher Fragen, auf welche das agrarische Interesse besonders drängte, wie namentlich die Heruntersetzung des Alters, in welchem selbstständig der Unterhaltungswohnsitz erworben werden kann, eine Beschränkung der Mißbräuche im Abzahlungsgeschäft und ein preussisches Gesetz, das dem Vermiether das Pfandrecht gegen den unbemittelten Mieter etwas einschränkt — das sind kleine Leistungen, anerkennenswerth im Sinne einer harmlosen Humanität, aber hundertmal aufgewogen durch die Mücken und Tücken, die an anderer Stelle dem selbstthätigen Emporarbeiten des Volkes entgegengestellt wurden. Nicht einmal auf den Standpunkt der Augenblickshumanität aber vermochte sich das moderne Patriziat einer der deutschen Pseudorepubliken zu stellen, die als reiche Seestädte den Strom des nordwestlichen Verkehrs nach Deutschland zuerst auffangen: die Bürgererschaft in Hamburg lehnte ein Wohnungsgesetz ab, das nichts wollte, als die Ueberwachung der Behausungen durch ehrenamtliche Bürgerkommissare, also in der gelindesten, zahnlosen Form. Während das Großherzogthum Dessen eine gesetzliche Wohnungskontrolle, die sich allerdings auf das Allernothwendigste beschränkt, wenigstens mit bureaukratischer Strenge durchführt, während hier die Arbeiterblätter ihre Leser darüber belehren, daß das Einschreiten des Staates, auch wenn es theilweise alte, liebgewordene Wohnverhältnisse zerstöre, doch gerechtfertigt sei aus der höheren Pflicht zur allgemeinen gesundheitlichen Fürsorge — währenddem in der nordischen Bürgerrepublik zähestes Festhalten der höchstgebildeten Kreise an der Pflichtvergessenheit. Und als Krone des Ganzen die Erklärung eines Reichsministers, des Herrn v. Bülow, an die evangelischen Arbeitervereine, daß in der Wohnungsfrage „zweckmäßig nur auf dem Wege ökonomischer oder für gewisse größere Bezirke zu erlassender Anordnungen vorgegangen werden kann, wie solche in einzelnen Bundesstaaten und von mehreren Stadtgemeinden bereits getroffen oder beabsichtigt sind“.

Derselbe Minister hat auch jener Anordnung deutscher Krankenkassenbesitzer, die bei ihm im Juli wegen besonderer Wünsche vor sprach, das Geheimniß der Pläne enthüllt, wie sie an der Zentralstelle bezüglich der Vereinheitlichung der bismarckigen deutschen Arbeiterversicherung gehegt werden. Hier darf es als glücklicher Umstand bezeichnet werden, daß es sich noch um nichts als Pläne handelt. Denn diese gehen auf Beiseiteziehung der Ortskrankenkassen mit ihrer Selbstverwaltung durch Arbeiter, getreu dem auch schon im Verwaltungs- und

Aufsichtswege hervortretenden Ansichten, dieser Selbstverwaltung so wenig Spielraum als möglich zu lassen; die Absicht geht auf Verbechtung der Bureaukratie in der schwerfälligen Zentralität und Ueberversicherung und der unannüchlichen Unternehmerrhetorik bei der Unfallversicherung. Die nur erst der Reichsregierung, noch nicht dem Reichstage vorgelegten beiden Novellen zur Ueberänderung und Erweiterung der Unfallversicherung, die einzige größere sozialpolitische Leistung der Reichsbehörden im verflossenen Jahre beklunden jene Absichten ebenfalls mit unverkennbarer Deutlichkeit, und vielleicht hat ihr Schicksal das Gute, korrigierend auf die großen Reformpläne zurückzuwirken: sie haben durch ihren Mangel an schöpferischen Gedanken und durch das geringe Verständnis für praktische Bedürfnisse, das sie auszeichnet, Sympathie auf keiner Seite gefunden. Und die Meinungen, welche über ihre Entstehungsgeschichte bekannt wurden, sprechen von der Perfahenheit innerhalb der sozialpolitischen Reichsbehörden ganze Wände. . . Auch ist dieser mißglückte Anlauf auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ja nur das Gegenstück zu der beispiellosen Langsamkeit, mit welcher die Vorarbeiten für die industrielle Sonntagruhe im verflossenen Jahre gefördert wurden. Unsere Veröffentlichungen über die Verhandlungen der Reichsvertreter mit den Industriellen in Magdeburg hat die Thatsache dokumentarisch mit allen Einzelheiten belegt, daß es lediglich die weltgehendsten Rücksichten auf das Unternehmerinteresse sind, welche die jeatliche Aktion sogar bei einer Maßregel scheitern lassen, die sonst maßgebenden Unternehmungen so sehr entspricht. Im Bewußtsein von dieser Sachlage hat man wohl von Bestimmungen der preussischen und sächsischen Staatsbahnen über eine erweiterte Sonntagruhe im Güterverkehr mehr Aufheben gemacht, als diese langsamen Fortschritte bei näherem Zusehen verdienen. Die Schweiz ist uns auch hierin weit voraus. Ebenso versagte die Empfindung für die Dringlichkeit gewisser Reformen bei den verblüdeten Regierungen vollständig an zwei anderen Stellen: Der Bundesrath verweigerte dem mühsam zu Stande gekommenen Reichstagsbeschlusse betreffs Einführung einmonatlicher Minimalindignitätsfrist für Handlungsgehilfen seine Zustimmung, obgleich die Zustände, unter denen das Personal im Handelsgewerbe leidet, kaum noch haltbar sind, und in Sachen des Fortbildungsunterrichtes für die gewerbliche Jugend hätte die Reichsregierung eine der wenigen werthvollen Stellen der Gewerbeordnung, auf welcher mit der Zeit auch in Preußen, Bayern und Württemberg ein obligatorischer Wochentagsunterricht, das Ideal der allgemeinen Fortbildungs- und Nachschule, statt des veralteten Sonntagunterrichtes aufgebaut werden kann, dem Ansturm der stellungvertreibenden für längere Zeit preisgegeben, wenn nicht im Reichstag die Sozialdemokraten zu Gunsten der Freihaltung des Sonntags den Ausschlag gegeben hätten. Es ist so weit gekommen, daß sich in dieser „christlich-sozialen“ Zeit die — radikale Partei als die treueste Hüterin des Sonntags bewährt.

Trostlos — nicht anders kann der Rückblick auf die deutsche Sozialgesetzgebung im Jahre 1894 bezeichnet werden. Die wenigen hellen Punkte verschwinden vollständig im traurigen Dunkel, das vorherrscht. Und dabei bereitet man ein Gesetz zur systematischen Unterdrückung aller Kritik, alles berechtigten Unmuthes und aller heiligen, dreimal geheiligten Empörung gegen jene Unterlassungsünde vor! Und dieser Versuch, durch behördliche und richterliche Gewalt sogar bloße abweichende Meinungen über die Entwicklung der gesellschaftlichen Fortwärtbewegung und ihre Richtung unmöglich zu machen, hat bei den erfahrenen

Warteschichtungen Rücksicht auf Bettlingen, mindestens auf hohes Bettlingen. Daß eine Frau, die in der Wohnung großer Wohlthatigkeiten glücklich war, übermüthig wurde, haben wir auch in der neuesten Geschichte schon erlebt. Woher aber dieser Stolz zu solchem Vorgehen, wo auf gar keinen Fall, auf gar keine Leistung, gar keine neue That hingewiesen werden kann? . . .

Anerkennung des Achtsundentages durch Unternehmer.

Die Vortheile des Achtsundentages werden mehr und mehr auch von den Unternehmern anerkannt. Diesmal ist es der Direktor Heidler in dem Eisenwerke Nothau in Böhmen, welcher nach dem „Arbeitermagazin“ erklärt, daß die achtsündige Arbeitszeit nicht bloß im Interesse des Arbeiters, sondern auch des Fabrikanten liege, und daß die Einführung des Achtsundentages gerade in der Eisenindustrie sich empfehle. Statt zwei Schichten zu zwölf Stunden werden bei der neuen Einrichtung drei Schichten zu acht Stunden zusammengestellt, welche um 4 Uhr Früh, 12 Uhr Mittags und 8 Uhr Abends wechseln.

Die Vortheile für den Arbeiter bestehen nach Direktor Heidler darin:

1. Auf achtsündige intensive gleichmäßige Arbeit kommen 16 Stunden Erholung, von welchen ein Theil zum Aufrechten und zur geistigen Anregung und der andere für den Schlaf verwendet werden sollen.
2. Der Arbeiter kommt stets erst in der dritten Woche zur Nacharbeit (von 8 Uhr Abends bis 4 Uhr Früh), was gewiß einen sehr günstigen Einfluß auf physische und geistige Konstitution haben muß.
3. Da die Arbeiter zumeist ober doch häufig ziemlich entfernt von den Arbeitsstätten wohnen, so wurde ihnen bei dem früheren zwölfstündigen Wechsel das Mittagessen durch Familienangehörige in die Hütte gebracht; das Essen mußte nochmals gewärmt und in der Arbeitsstätte bei oft geringer Ruhe und in kleinen Portionen verzehrt werden. Nun, bei der achtsündigen Arbeitszeit, kann jeder Arbeiter zu Hause in der Mitte seiner Familie essen, da er um 12 Uhr Mittags seine Arbeit antreten, respektive die Schicht verlassen muß.

Als Vortheile für die Fabrikanten werden hervorgehoben:

1. Da der Akkordlohn nicht erhöht wird, so vertheert sich das Produkt aus diesem Titel nicht. Dagegen nimmt der Rohlenverbrauch, sowie der Verbrauch an Schmiere, Oel- und Besenchtungsmaterial wesentlich ab, wodurch eine Verbilligung des Produktes erreicht wird.
 2. Eine weitere Verbilligung ergibt sich aus dem Titel „Allgemeine spezielle Regie“ durch die erhöhte Produktion, da die Leistung um mindestens 50 Prozent steigt.
 3. Erhöht sich die Qualität des Produktes, weil die Arbeitslust und die Aufmerksamkeit des Arbeiters nicht bevart ermüdet, wie bei zwölfstündiger Schicht.
- Nach den Erfahrungen des Direktors Heidler kann der Arbeiter bei gewissen Verbesserungen im Betriebe in acht Stunden gerade so viel leisten wie früher in zwölf Stunden. Herr Heidler kann ferner nachweisen, daß der Arbeiter heute bei achtsündiger Arbeitszeit ebensoviel, ja sogar mehr verdient, als früher bei zwölfstündiger Schicht, da der Akkordlohn unverändert blieb.
- Zu demselben Resultate gelangte der Eisenindustrielle Vogel, welcher 1892 bei der Enquete über Arbeiterauschüsse und Einigungsämter folgende Aeußerung machte:
- „. . . Ich selbst bin für eine achtsündige Arbeitszeit und habe es durchgesetzt, daß bloß acht Stunden gearbeitet

wird, allerdings, weil die Arbeiter in acht Stunden so viel verdienen, als sonst in zwölf Stunden und ich profitiere dabei, weil sie in acht Stunden mir mehr leisten als anderswo in zwölf. Wenn einer zwölf Stunden arbeiten wollte, so würde ich ihn nicht arbeiten lassen, weil er dies nicht kann und zuletzt nichts Gutes machen kann, auch zu viel Kohle verbrennt.

Also, weil auch die Unternehmer von der Verkürzung der Arbeitszeit profitieren, deshalb sind sie für den Achtstundentag. In der Praxis ist, wie ein Fabrikleiter gestand, so groß, das aus den Vortheilen des Achtstundentages ein Fabrikgeheimnis gemacht wird. Aus Konkurrenzgründen ist ein Theil des Unternehmertums gegen die allgemeine Einführung des Achtstundentages.

Die Gewerkschaftsorganisation im Lichte der Umstrukturierungsvorlage.

Dem Reichstage ist bekanntlich ein Gesetzentwurf betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse zugegangen, den wir hinsichtlich seiner Einwirkung auf die Gewerkschaftsorganisation für den Fall, daß er zum Gesetz erhoben werden sollte, in nachfolgendem kurz beleuchten wollen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von der Reichsregierung beantragten Verschärfungen des Strafgesetzbuchs auf die sozialistische Arbeiterbewegung gerichtet sind und daß man diese durch jene Bestimmungen treffen will, gleichviel, in welcher Form sie in Erscheinung tritt: durch die politische Organisation oder gewerkschaftliche Vereinigung, die doch in der Hauptsache innerhalb der heutigen Gesellschaftsverfassung die Lage der Arbeiter zu heben bestrebt ist.

Nachdem man mit dem Sozialistengesetz, das nicht allein gegen Meinungen, sondern auch gegen Organisationen gerichtet war, ein so schändliches Fiasko erlitten hatte und das Ansehen des sozialistischen Arbeiterheeres nicht aufzuhalten vermochte, sucht man jetzt durch Verschärfungen der Strafbestimmungen bestehender Gesetze von Neuem eine Kritik unserer gesellschaftlichen Zustände unmöglich zu machen und der weiteren Ausbreitung der sozialistischen Idee Hindernisse zu bereiten. Man geht jetzt den Organisationen nicht direkt zu Leibe, sondern indirekt, indem man nur den Rednern einen Maulkorb anlegen will.

Das kann den Scheln erwecken, daß die Organisationen als solche von den geplanten Strafbestimmungen nichts zu befürchten hätten. In Wirklichkeit werden sie aber durch dieselben bedroht; denn wenn Niemand mehr in der Organisation ein Wort reden darf, ohne Gefahr zu laufen, auf Jahre ins Gefängnis gesteckt zu werden, und sich in Folge dessen Mancher hüten wird, ein freies Wort zu reden, müssen die Zusammenkünfte der Organisation dermaßen an Interesse verlieren, daß die Betheiligung an ihnen immer geringer werden wird.

Die Gewerkschaftsorganisation ist daher an den geplanten Strafbestimmungen sehr interessiert. Wenn es auch kein Mittel gibt, sie gänzlich zu vernichten, da die für die Arbeiter immer ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse sie immer wieder zusammenzudrängen werden, so kann ihnen die ihnen drohende Einschränkung der Redefreiheit doch keineswegs gleichgültig sein. Wird doch die rückwärtssteigende Kritik unserer gesellschaftlichen Zustände und Einrichtungen gerade die überzeugendste Begründung jeder politischen wie gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiter. Wo diese Begründung unterbleiben muß, da wird es selten zu großen Entscheidungen, zu entscheidenden Thaten kommen.

Nach der Annahme der Vorlage wird die Begründung eines Vorschlages zur Ausübung einer Massenhandlung sehr erschwert werden. Wenn dabei auch Religion und Monarchie unbeeinträchtigt bleiben können, so muß doch die Familie, die Ehe und das Eigentum in den Bereich der Beratungen gezogen werden. Wer aber eine dieser Einrichtungen durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift, soll mit Geldstrafe bis zu 600 M oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft werden.

Wollen Arbeiter zur Hebung ihrer Lebenslage in den Streik treten, so werden sie eine solche Absicht in der Regel damit begründen, daß es ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich sei, den heutigen Kulturzustand gemäß ihre Familie zu ernähren, weil das Kapital — also das Eigentum — ihnen keinen auskömmlichen Lohn gewährt, im Uebrigen aber die Familie dadurch zerstört, daß es außer dem Manne auch Frauen und Kinder in die Fabriken zwingt.

In diesem einen ganz unschuldig klingenden Satz sind in einem Nebenzuge drei Einrichtungen unseres Gesellschaftswesens „beschimpft“ — wenigstens wird der Satz von feindlichen Mächtern so ausgelegt werden können. Einmal ist das Kapital — das Eigentum — „beschimpft“, indem dem Unternehmer „unterstellt“ wird, daß er wider besseres Wissen seine Arbeiter mit verhältnismäßig geringen Löhnen abfindet. Denn wenn die Arbeiter nicht annähernd, er könnte höhere Löhne zahlen, würden sie nicht mehr fordern; müßten sie doch sonst ihre Forderungen im Voraus als eine unerklärliche Ansetzung. Sie glauben aber, daß mehr Lohn gezahlt werden könne, wovon der Unternehmer natürlich das Gegenstück behauptet. Das Gerücht wird wie immer für ihn und gegen die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter Partei nehmen und daher in der Behauptung, daß die Löhne ungenügend seien, nicht nur eine subjektive Beschuldigung des Unternehmers, sondern auch eine objektive Beschuldigung des Eigentums — des Kapitals — erblicken.

Aber auch Familie und Ehe ist „beschimpft“, denn es ist behauptet worden, daß Familie und Ehe zerstört worden wären, als für den Arbeiter an Werth verloren hätten. Familie und Ehe sind also öffentlich herabgesetzt, demnach „beschimpft“ worden.

Trotz der Anwendung des sehr weitgehenden Begriffes „Beschimpfung“, unter den eine Anzahl von Wörtern und Wendungen, je nach der subjektiven Auffassung des Richters, gebracht werden könnte, zeigt jenes neue Produkt staatsmännischer Weisheit übrigens eine auffallende Pöze. Während derjenige, welcher Familie und Ehe wahrheitsgetreu schildert, wegen „Beschimpfung“ derselben zur Weichschifferei gezogen werden kann, geht derjenige, welcher jene Institute unbarmherzig zerstört, strafflos aus.

Dagegen könnte freilich eingewendet werden, daß die Frau die Zerstörerin sei, daß sie doch dem Gatten „freiwillig“ in die Fabrik folge. Wie es aber mit dieser „Freiwilligkeit“ bestellt ist, weiß Jeder, der die ungenügenden Löhne der Männer kennt. Das Unternehmertum, das die Löhne so tief herabdrückt, daß die Frau wirtschaftlich gezwungen ist, an der Erhaltung der Familie mitzuwirken und durch ihre Arbeit das Einkommen der Familie zu erhöhen, ist der Schuldige. Es bleibt aber straffrei und hat noch die Befriedigung, denjenigen hart bestraft zu sehen, der die Wirkung seiner Thaten öffentlich besprochen und damit „beschimpft“ hat.

Die angelegene Strafbestimmung ist ganz ungeheuerlich und würde, wenn tendenziös ausgelegt, entweder Tausende von Arbeitern ins Gefängnis bringen oder die Arbeiterbewegung vernichten — wenn der Erhaltungsdienst nicht jeden Einzelnen, der sich gedrungen fühlt, an den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen Kritik zu üben, bestimmen würde, nach Foren und Wendungen zu suchen, in welchen er seinen Gedanken Ausdruck geben kann, ohne sich in den Maschen des Gesetzes zu fangen.

So würde also auch dieser neue Vorstoß gegen die sozialistische Arbeiterbewegung nur eine erzieherische Wirkung auf die Arbeiter ausüben und sie zu weiterer Ausbildung zwingen.

Die Organisationen würden durch jene Bestimmungen nur eine vorübergehende Schwächung erfahren, um alsbald um so stärker anzuschwellen.

Das herrschende System würde sich und seine „heiligen Institutionen“ dadurch nicht retten können.

Es ist in diesem Fall wie mit jeder anderen gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Maßnahme: the bitter bitten — der Weiser wird selbst gebissen, der was geltende Fieb trifft den Schläger selbst.

„Textilarb.“

Korrespondenzen.

Formet. Kaiserlautern. Die Sektion der Formet hielt am 23. Dezember v. J. ihre Generalversammlung ab. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Friedrich Kilmann, Rosenstraße 11, als Bevollmächtigter, Subst. Girohalter als Kassierer, Jakob Schmidt, Jak. Holt und Karl Petrie als Revisoren. Der Bevollmächtigte ermahnte die Kollegen zu festerem Zusammenhalten. Und den Indifferenten und Fernstehenden seien die Augen zu öffnen, damit sie einsehen lernen, wie notwendig es ist, einer Organisation anzugehören. Denn nur durch Vereinigung ist es möglich, etwas Ersprießliches zu erzielen und die hier herrschenden Mißstände endlich einmal abzuschaffen. Ferner ermahnte er die Kollegen, die Versammlungen regelmäßig und pünktlicher zu besuchen und es für ihre Pflicht zu erachten, wenn sich Mißstände eingestellt, dieselben der Versammlung zu unterbreiten, damit Aufklärung geschaffen werden kann.

Sonnbrunn. Am 27. Januar wird es ein Jahr, daß die Sektion der Formet hier gegründet wurde. Wir können konstatieren, daß unsere Veranstaltungen durchwegs gut besucht waren und hoffen wir, daß dies in Zukunft so bleiben wird. Es bestehen hier aber auch Hindernisse in den Giebereien, zu deren Abschaffung es eines festen Zusammenhanges bedarf. In der Gieberei von G. Ortmann ist ein Lohn von 2.16 bis 3.16 W. A. in effizienter Arbeitszeit zu erlangen. Hat ein Lehrling 4 Jahre ausgehalten, so wird ihm auf seinen Wunsch, mehr Lohn zu gewähren, im günstigsten Falle gesagt: „Ich lege Dir pro Stunde 1.15 zu.“ Nun bedenke man, was das für eine „Summe“ im Jahre ausmacht. Weitere Kollegen, welche eine Lohnaufbesserung beantragten, wurden mit einer ebenso hohen Aufbesserung „befriedigt“ oder aber damit abgefertigt: „Ich verdiene nichts von der Gieberei und kann Ihnen (oder „Dir“, wie es die Umgangssprache der Herrn Ortmann mit sich bringt) nicht mehr Lohn geben.“ Einmal sagte der Herr kel so einer Gelegenheits: „Auf meine alten Tage will ich nicht mehr Bankrott machen, lieber gehe ich unter die Sozialdemokraten und kühle.“ Aber da wird's Weile haben. In der Schlosserei sagte genannter Herr: „Das Geld, das ich in der Gieberei verdiene, jege ich hier wieder zu.“ — Im November hatten die Kollegen an einer Verhandlung Theil genommen, vier davon waren am Nachmittag nicht zur Arbeit gekommen. Am anderen Morgen wurden die Lehrlinge nach dem Komptoir gerufen, wo ihnen die Mitteilung gemacht wurde: „Wenn Sie noch so viel Geld verdienen, daß Sie blau machen können, muß ich Ihnen pro Tag 2.15 abgeben.“ Die Kollegen folgten ihm dem auch, bis auf einen, welcher die Arbeit niederlegte. Ein Kollege wurde gefragt: „Warum bist Du nicht mit in die Straße gegangen, als die Verhandlung vorbei war.“ — „Weil ich nicht wollte, daß „Kirche“ war“, lautete die Antwort. — „Da muß ich Dir 20.15 abgeben.“ — Und das von einem Verdienst von 2.16 pro Tag. Daß ein Arbeiter einmal einen Tag auf seine Kosten feiert, ist dem Herrn Ortmann zu viel, denn er hält dann den Reuten vor: „Ich darf keine Stunde feiern.“ Wenn aber Herr Ortmann nach Chicago zur Weltausstellung fährt und da drei Monate verweilt, dann feiert er doch, nur müssen ihm die Arbeiter das Geld dazu erarbeiten, daß er so eine Reise machen kann. — Nicht der organisierten Arbeiter ist es, die Lehrlinge, welche da in Menge sich finden, abzuändern.

Klempner.

Hiel. Am 8. Januar fand in den „Zentralhallen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Klempner statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Ist eine Reorganisation der Sektion notwendig? sprachen sich fast alle Redner dahin aus, daß das Bestehen der Sektion in dieser Form nicht mehr beibehalten werden könne, sondern zu der Gründung einer selbständigen Verwaltung geschritten werden müsse; die Zahl der organisierten Klempner sei bedeutend zurückgegangen, was nur durch eine straffe Organisation wieder eingulden sei. Die vielen Leuten und Säumnisse, welche leider auch die Klempner zu verzeichnen haben, sind der Organisation nur zu erhalten, wenn sie von den übrigen Kollegen von Zeit zu Zeit auf ihre Pflichten als Arbeiter aufmerksam gemacht werden. Dies ist aber, seitdem die Klempner der allgemeinen Verwaltungstelle einverleibt sind, gewaltig vernachlässigt worden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, den 8. Januar, stattfindende Mitgliederversammlung der Klempner erklärt: In Erwägung, daß die Verhältnisse der Klempner hier am Ort ganz andere sind, als die der übrigen Metallarbeiter, sind wir der Ueberzeugung, daß das Bestehen einer selbständigen Sektion der Klempner eine Nothwendigkeit ist, sprechen wir zugleich den Wunsch aus, regelmäßig alle 3 Monate mit der allgemeinen Verwaltungstelle eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung abzuhalten, um über alle Fragen, welche das gemeinsame Interesse der Metallarbeiter sind, zu beraten, eventuell zu beschließen.“ Im Weiteren erklärten wir, daß in dem Verhältnis der Bibliothek keine Änderung eintreten soll, jedoch Beschlüsse über Anschaffung von Büchern u. den kombinierten Versammlungen vorbehalten bleiben.“ Beim 2. Punkt, Wahl der Verwaltung, wurden folgende Kollegen gewählt: H. Friemann als Bevollmächtigter, W. Tiedemann als Kassierer, G. Berger, A. Ebert und Gehrig als Revisoren. Zum 3. Punkt, die Lokalfrage, wurde beschlossen, das jetzige Lokal beizubehalten, da uns von dem Wirth der obere Saal in Zukunft für die Versammlungen zugesagt wurde. Die Versammlungen wurden, da durch behördliche Maßnahmen dieselben am Sonnabend nicht mehr gefeiert werden, auf den Dienstag verlegt und findet die nächste Versammlung am 29. Januar, von da ab regelmäßig alle 4 Wochen statt. Nachdem noch zwei Kollegen in die Arbeitsnachweiscommission gewählt, wurde die Versammlung geschlossen.

Bönigsberg. Am 30. Dezember v. J. fand im Herbergslokale eine Mitgliederversammlung des D. M. V., Sektion der Klempner, statt. Bevor man zur Tagesordnung überging, gedachte der Bevollmächtigte zweier Kollegen, welche kurz vorher verstorben waren. Die Anwesenden erhoben sich zum Zeichen der Ehrenbezeugung von den Plätzen. Hierauf wurde Weduhn als Bevollmächtigter, Becker als Kassierer, Graf, Schöber und Häkel als Revisoren gewählt. Beim Verschiedenen stellte Kollege Warlick den Antrag auf Abrechnung vom vorigen Quartal, was einstimmig abgelehnt wurde. Hierauf stellte Kollege Wolens den Antrag auf Besoldung des Kassierers. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, da der Kassierer überhaupt auf Besoldung verzichtete. Zur Aufnahme meldeten sich mehrere Kollegen.

Metall- Arbeiter.

Augsburg. Versammlung vom 6. Januar. Die Abrechnung vom Weihnachtsergebn ergab folgendes Resultat: Einnahme 143.00, Ausgabe 197.60, Ueberschuß 54.40, welcher an die Gütstrower Kollegen gesandt wird. Die Abrechnung wurde gedruckt und für richtig befunden. Zum dritten Punkt nahm ein zugereister Kollege das Wort, um zu erfahren, welche Stellung die Augsburgs zum Nürnbergers Antrag auf Beitragsrückzahlung einnehmen. Wedner verweist gleichzeitig auf die Buchdrucker, bei denen sehr hohe Beiträge bezahlt werden. Der Vorsitzende verglich hierbei die Organisation der Buchdrucker und die der Metallarbeiter und wies nach, daß erstere vor dem allgemeinen Buchdruckerstreik mehr eine Versicherungskasse war und daher auch der Streik verurteilt war, da die Polizei das Geld beschlagnahmte. Ferner bestand aber auch dieselbe schon längst, und sei es daher auch leicht möglich, höhere Beiträge zu zahlen, zumal die Geschäftskonjunktur der Buchdrucker eine wesentliche bessere ist als die der Metallarbeiter. Die Organisation der Metallarbeiter, die erst in ihrem Anfangsstadium sich befindet, kann durch höhere Beiträge kaum mehr Leistungen bieten, da zu befürchten sei, daß bei Erhöhung der Beiträge eine wesentliche Anzahl Mitglieder der Gewerkschaft den Rücken kehren werde. Wohl ist Wedner der Ansicht, daß, falls die Verbandskasse einmal so weit herunter käme, daß höhere Beiträge nötig sind, auch sämtliche Mitglieder dafür einzutreten, jedoch sei es vorläufig noch beim Alten zu lassen.

Berlin. Eine Mitgliederversammlung mit geselligem Beisammensein fand seitens der Filiale Noabit des D. M. V. zu Gunsten der Gütstrower ausgesparten am Neujahrstage im Lokale „Lengo“, Stromstraße 28, statt. Kollege Hofmann referirte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über „Lohnarbeit und Kapital“. Sodann nahm das gesellige Beisammensein, das in Konzert, Gedichtvorträgen und Tanz ein abwechslungsreiches Programm bot, einen recht anmutigen Verlauf. Der erzielte Ueberschuß von 11 M wurde den Gütstrower Kollegen übermittleit.

Bodenheim. Am 5. Januar hielt die ständige Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre Generalversammlung ab. Beim 2. Punkt gab zunächst der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Jahr. Es wurden im Ganzen 21 Versammlungen mit 9 Vorträgen abgehalten, sei mußten wegen zu schwachen Besuchs ausfallen. Für den Gütstrower Streik wurden auf acht Sammellisten 77 M 45 S gezeichnet, wovon 78 M an die Hauptkasse abgeliefert wurden, mithin am Orte noch 1 M 45 S verbleiben. Dann kam der Vorsitzende noch auf den für uns so unglücklich verlaufenen Streik bei Kleber zu sprechen, nach dessen Beendigung wir 26 Mitglieder nach § 8 Abs. 7 streichen mußten. Hierauf gab der Kassierer den Jahresbericht bekannt. Die Gesamteinnahmen betragen 1386 M 53 S gegen 1369 M 73 S im Vorjahre. Die Ausgaben beliefen sich auf 279 M 48 S, mithin wurden an die Hauptkasse 1057 M 10 S, b. h. inklusive des hier verbleibenden Kassistenbestandes vom 30. Dezember 1898 von 34 M 80 S. Der Bibliothekar berichtete sodann über den Stand der Bibliothek. Dieselbe besteht z. B. aus 76 Nummern. Diese umfassen 132 verschiedene Bücher, welche im abgelaufenen Jahre erfreulicher Weise stärker benutzt wurden als im Vorjahre. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde auf Antrag der Revisoren gutgeheißen und dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Kollege Brand als Bevollmächtigter und Siegler als Kassierer wiedergewählt, zu Revisoren Hoffmann, Jung und Störkel. Im „Verschiedenen“ wurden auf Antrag des Bibliothekars 15 M zur Neuanschaffung von Büchern bewilligt. Nachdem noch einige Kollegen praktische Vorschläge zur Agitation für den Verband gemacht hatten, schloß der Vorsitzende mit einem warmen Appell an die Kollegen die Versammlung.

Weslar. Am 16. Dezember v. J. fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversamm-

lung statt, welche leider nur schwach besucht war. Zum 1. Punkt wurde Neuwahl der Vertrauensmänner vorgenommen. Zum 1. wurde Elze, zum 2. Ringer gewählt. Dann sprach Kollege S. Gärner-Budau über „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit.“ Redner führte aus, daß die Lage der Arbeiter von Jahr zu Jahr immer schlechter werde, die bestehende Klasse hingegen immer mehr an Macht gewinne. Das Fortschreiten der Technik trägt dazu bei, daß ein großer Teil von Arbeitern überhaupt stets eine Zeit lang außer Beschäftigung ist. Dazu kommt noch die überaus lange Arbeitszeit, sowie die Frauen- und Kinderarbeit. Dann behandelte Redner die neue Tabaksteuer, wobei er sagte: „Sollte dieselbe angenommen werden, so würden ungefähr 50.000 Arbeiter brotlos.“ Am Schluß empfahl der Redner, der Organisation beizutreten, um geschlossen eine bessere Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen. Anwesend waren 19 Kollegen, ein Zeichen, daß es den Metallarbeitern von Dessau noch sehr gut geht. Darum nochmals: Organisiert Euch, besucht die Versammlungen besser. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Richard Elze, Klemmer, Sandstraße 17.

Eiberfeld. In der letzten Versammlung, die am 30. Dezember v. J. stattfand, gab der bisherige Bevollmächtigte Kollege Grünberg zum 1. Punkt der Tagesordnung den Tätigkeitsbericht für 1904. Danach haben insgesamt 28 regelmäßige Zahlabende (sogenannte Mitgliederbesammlungen) stattgefunden, in welchen 8 Vorträge gehalten wurden. Außer diesen wurden drei öffentliche Metallarbeiterversammlungen und zwei konföderale Mitgliederbesammlungen abgehalten. An Geldern wurden mittels Sammellisten für die streikenden Formen in Nürnberg und die Metallarbeiter in Wülstrow 150 M 25 A aufgebracht. Außerdem wurden noch die Kosten für den Delegierten zur Essener Konferenz aufgebracht. An Korrespondenzen gingen ein: 45 Briefe und Postkarten, 11 Pakete Drucksachen, ausgegangen sind insgesamt 72 Briefe und Postkarten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Braun den Jahresbericht der Bibliothek, auf den wir in einer der nächsten Nummern zurückkommen werden. Hiernach wurde zum dritten Punkt geschritten: Neuwahl der Ortsverwaltung. Das Resultat ist: Nachtigal, Bevollmächtigter, W. Martens, Stäffer, H. Schäfer, A. Wolfert und H. Selwig Revisoren.

Eiberfeld. Am Silvesterabend veranstaltete die hiesige allgemeine Verwaltungsstelle in Gemeinschaft mit der Sektion der Klemmer ein Kränzchen. Das Programm, welches sehr reichhaltig war, wurde recht flott durchgeführt. Für den heiteren Teil sorgten die von Kollegen vorgebrachten Skulpten und Duets' nebst einer Pantomime, für den ersten Teil ein — auch von Kollegen dargestellt — lebendes Bild: „Schutz der Arbeit.“ Genosse Nachtigal hielt eine kurze aber gediegene Festrede. Redner wies auf das Weihnachts-„Fest“ hin und kritisierte hierbei die zu Tage getretene Heuchelei. Ebenso meinte Redner, würde mit den Beglückwünschen zum neuen Jahre Heuchelei getrieben. Die Zeit würde doch fortchreiten und ebenso unser Kampf. Redner ging dann auf die Erfolge des Verbandes kurz ein, um mit einem Mahnruf an die Frauen zu schließen. Hiernach wurde noch das Tanzbein bis in der Frühe geschwungen.

Grünberg i. Schl. In letzter Versammlung hob der Bevollmächtigte hervor, wie traurig es sei, an das Solidaritätsgesühl der Grünberger Genossen appellieren zu müssen. Es wurde in letzter Versammlung beschlossen, daß das „Lousenthal“ so viel wie möglich wegen des schroffen Benehmens des Wirtes gegen die Arbeiter und auch wegen der Verhinderung, „vom Arbeiter nicht leben zu brauchen usw.“ gemieden werden soll. Trotzdem sind gerade die Antragsteller und die Hälfte des Verbandes anwesend gewesen. Deshalb hat der Bevollmächtigte eine Generalversammlung auf Sonntag, den 20. Januar in „Grünbergshöh“, Nachmittags halb 3 Uhr, anberaumt, da er unter solchen Umständen sein Amt niederlegen will.

Wülstrow. Achtung, Schlosser und Monteure! In ausländischen Wätern sucht die Medlenburgische Waggonfabrik in Wülstrow bereits wieder tüchtige Arbeiter. In den Annoncen wird gute Arbeit versprochen. Wir wollen nicht unterlassen demgegenüber darauf hinzuweisen, daß in Wülstrow noch Auszubildende zu unterfragen sind und daher die Arbeiter vor Bezug zu warnen sind.

Welschkirchen-Schalkke. Ein Mann, ein Wort! Daß dieses Wort leider vielfach nicht gehalten wird, weiß man längst, auch wir mußten dies am 26. v. M. erfahren, und zwar von einer Seite, welche bei jeder Gelegenheit den Mund voll nimmt vom Bel versprechen, aber wenig halten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 9. Dezember fand im Lokale des Herrn Schirmanne eine öffentliche Versammlung des Ortsverbandes Welschkirchen der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) statt. Referent war Herr Holzappel-Offen. Freie Dis-

kussion war laut Plakate zugesichert. Nach einer einstündigen Rede, welche im weitestgehenden Teil das politische Gebiet streifte, wendeten sich sieben Personen unsererseits zum Wort. Die Redezeit wurde trotz Zuzuführung freier Diskussion auf 15 Minuten beschränkt. Es kamen nun unter anderem der Streik in Wülstrow und die Lohnreduktion in Thale zur Sprache, wobei Referent bestritt, daß die Hirsch-Dunder'schen die Streikbrecher gespielt hätten. Da es mittlerweile 2 Uhr geworden, mußte die Versammlung wegen der ortsblichen Vollgelstunde geschlossen werden. Der Vorsitzende brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, worauf zwei Drittel der Versammelten das Lokal verließen. Hierauf wurde einer unserer Kollegen vom Referenten zu einem Privatgespräch herangezogen, höchstwahrscheinlich in der Absicht, denselben mit seinen 23 Freunden zu übertrumpfen, aber weit gefehlt! Der Herr Holzappel zeigte sich nach einer längeren Unterredung erdbittig, falls ihn von unserer Seite der Beweis erbracht wird, daß es Thatsache sei, daß die Gewerksvereine in Thale vom Vorsitzenden Tiefert aufgefordert worden seien, lieber mal 3-4 Tage umsonst zu arbeiten, damit das Werk nicht zu Grunde gehe, so wolle er zu uns übertreten. Zu diesem Zwecke schlug er vor, 6 Mann gegenständig zu stellen, welche am zweiten Weihnachtstages, Morgens 7 1/2 Uhr, beim Wirt Schirmanne behufs einer Besprechung zusammenkommen sollten. Wir sind nun unserer Pflicht prompt nachgekommen, mußten jedoch wahrnehmen, daß unsere Gegner es vorzogen, mit Abwesenheit zu glänzen. Wahrscheinlich aus Furcht vor den erdrückenden Beweisen. Wir werden denselben jedoch in nächster Zeit Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen.

Hamburg. Versammlung sämtlicher Sektionen des D. M. A. am 7. Dezember. Da sich die Notwendigkeit ergab, einen Reisesegeldauszahler zu wählen, so wurde dies vorwiegend genommen und der dazu vorgeschlagene Genosse Lorenz gewählt. Hierauf erhielt Genosse Tschelch das Wort zu einem Vortrag: „Das Hamburger Vereinsgesetz und die Stellung der Verbände dazu.“ Die einzelnen Paragraphen durchgehend, wies Redner nach, wie unpraktisch dieselben alle lauten, den Behörden Spielraum gebend, sie nach ihrer Art auszuliegen. Beweise? Die vorgelassenen Versammlungsausführungen, die den Wortlaut des Gesetzes nach Jedem noch räthelhaft sind, und fordert die Anwesenden auf, energisch gegen solche Schikanierungen Front zu machen. Die sich an der Diskussion beteiligenden Genossen sprachen im Sinne des Referenten. In's Agitationskomitee werden 7 Mann gewählt, denen in diesem Jahr die Aufgabe zufällt, die in-differenten Hamburger Metallarbeiter herauszuholen. Denn so traurig es auch für Jeden ist, so muß es doch einmal bekannt werden: nicht einmal 1000 Hamburger Metallarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. Möge sich das jeder Fernstehende zur Notiz nehmen, wenn er sich an Mißstände in seiner Arbeitsstätte erinnert. Da sich die Versammlung beim 4. Punkt für ein gemeinsames Sommervergütigen aussprach, wurde dieses den einzelnen Sektionen zur vorläufigen Besprechung überlassen. Nachdem die Thürkontrolleure an ihre Pflichten erinnert wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Jena. Am 22. Dezember v. J. hielten wir unsere Generalversammlung ab. Als Bevollmächtigter wurde der bisherige, Karl Otto, wiedergewählt; als Kassierer Herbig, Titel und Schwarz, als Schriftführer Herbig, als Beisitzer zum Gewerkschaftskartell Metz, als dessen Stellvertreter Müller gewählt. Unter „Bericht vom Gewerkschaftskartell“ wurde ein Beschluß von diesem mitgeteilt, daß jede Gewerkschaft im Jahre ein Vergütigen abhalten kann, damit das Defizit bei Abhaltung von Vergütigen der einzelnen Gewerkschaften vermieden werden kann. — Am 20. November v. J. fanden hier die Gewerbegerichtswahlen statt. Trotzdem daß von „Jahner“ (Hirsch-Dunder'scher) Seite die größten Anstrengungen gemacht wurden, einen Kandidaten durchzubringen, fügten doch die von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Kandidaten mit großer Majorität.

Leiden. (Veripäet.) Im Dezember v. J. hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, in welcher zunächst der Vorsitzende einen Überblick über das verflossene Geschäftsjahr gab. Hieran schloß sich der Stellenbericht. Es wurden im Jahre 1894 im Ganzen 22 Versammlungen mit 10 Vorträgen abgehalten, die Mitgliederzahl ist dieselbe geblieben. Bei der nun folgenden Wahl der Ortsverwaltung wurde mit Ausnahme zweier Revisoren die alte Ortsverwaltung wieder gewählt. Aus dem Bericht der Bibliothekare geht hervor, daß die Bibliothek nicht genügend in Anspruch genommen wird und wird allgemein der Wunsch geäußert, im nächsten Jahre den Büchern, sowie überhaupt dem Verbands ein regeres Interesse entgegenzubringen. Die

hiesige Verwaltungsstelle nahm auch Stellung zu dem Antrag Nürnberg, betreffs Erhöhung der Beiträge. Sämtliche sich an der Debatte beteiligenden sprachen sich entschieden gegen den Antrag aus, man war eher der Ansicht, daß es für den Verband zweckmäßiger sei, die Beiträge zu erniedrigen, es sei unter den heutigen Verhältnissen so schon schwierig, neue Mitglieder zu gewinnen. Man solle aber keineswegs eine Sterbefasse aus dem Verbands machen, da sonst der eigentliche Zweck des Verbandes mehr und mehr zurückgedrängt werde.

Leipzig. Es wird Zeit, daß die Zustände auf dem alten Eisenwerk in Leipzig einmal in der Öffentlichkeit bekannt werden. In der Stützenschlosserei des Werks besteht 11stündige Arbeitszeit, jedoch wird seit ca. 2 Monaten wegen Arbeitsmangel 10 Stunden gearbeitet. Hierbei treibt nun der Wille des Meisters die schärfsten Mittel. Während die meisten der Beschäftigten oft genug gezwungen sind herumzustummeln, wird dieselben vom Meister weder Arbeit noch Material bekommen können, läßt dieser Herr seine Freunde, 6 oder 7 Mann, Überstunden machen! Material und Arbeit muß man sich vom Meister sozusagen erbetteln: „Herr Meister, dürfte ich mir erlauben, Sie zu bitten um eine Feile?“ — „Was für eine Feile?“ — „Ach, das ist gleich, wenn es man eine Feile ist.“ — So und ähnlich verkehren etliche Mannesleuten mit dem Meister. Ist des Morgens das Zeichen zum Aufstehen gegeben und man sieht den Meister die Werkstatt entlassend gehen, um nachzugehen, ob Alles arbeitet, so muß man oenten, es kommt auf eine Minute an. Kommt aber gleich nachdem Einer zu ihm und will Arbeit haben, bekommt er gewöhnlich zur Antwort: „Ich komme gleich!“ Wiltunter ist „gleich“ so viel als Nachmittags 4 Uhr. Ein verheirateter Kollege hat kürzlich 1 1/2 Tage auf Arbeit lauern lassen. Wir könnten noch mehr Beispiele anführen, doch dürften diese genügen. Wärdten diese Zeilen dazu beitragen, daß endlich Membran im Werke des Herrn Kaffan geschaffen wird.

Nürnberg. Nach den Berichten in den letzten Nummern der „M. A. Ztg.“ sprachen sich einige Zahlstellen gegen die Erhöhung der Beiträge aus. Dieses veranlaßt mich, an dieser Stelle einige gegen die Erhöhung gemachte Einwände zu widerlegen. So wird vielfach behauptet, „es sei bei der schlechten Geschäftslage nicht möglich, die Beiträge zu erhöhen.“ So auch die Verwaltungsstelle Mannheim. Nun werden die Mannheimer Kollegen mir nicht gut abstreiten können, daß ich mit den dortigen Verhältnissen vertraut bin. Behauptet man doch, höhere Beiträge nicht aufbringen zu können, weil die Erwerbsverhältnisse dort ungünstig seien, so verweise ich auf den dortigen Holzarbeiter-Verband, dessen Mitglieder schon jetzt wöchentlich 20 M Beitrag zahlen, und das bei geringem Verdienste als die Metallarbeiter. Ergab doch die im letzten Sommer für Mannheim herausgegebene Statistik über die Erwerbsverhältnisse das Resultat, daß der Durchschnittsverdienst der Metallarbeiter um 20 A pro Tag besser ist, als bei den Holzarbeitern. — Es kommen bei Erhöhung des Wochenbeitrags doch alle Extrabeiträge in Wegfall, deren Einbringung den Verwaltungen große Schwierigkeiten verursacht. Die Abneigung gegen die Erhöhung der Beiträge liegt nicht darin, daß der Arbeiter nicht in der Lage ist, wöchentlich 10 oder 15 M mehr zu bezahlen, sondern bloß, weil er daran gewöhnt ist, niedrige Beiträge zu zahlen. Daß im ersten Augenblicke einige Kollegen dem Verbands den Rücken kehren, will ich nicht bestreiten, aber geschah das nicht auch bei der Gründung des D. M. A., als die Beiträge für einzelne Städte um das Doppelte erhöht wurden? Und doch war nach kurzer Zeit die Mitgliederzahl wieder vollständig! Nehmen wir die Abrechnung zur Hand, so werden wir finden, daß das Konto für Meilenunterstützung schon jetzt stark belastet ist; aber es werden in Zukunft nicht mehr die ledigen allein sein, welche die Landstraße bevölkern, auch die Verheirateten werden gezwungen werden, von Ort zu Ort zu wandern. Nehmen wir ferner noch dazu, daß auch die Unterstützung nach § 2c in stärkerem Maße in Anspruch genommen wird, so ergibt sich von selbst, daß auf die eine oder andere Art und Weise dem Verbands Geld zugeführt werden muß, wenn derselbe lebensfähig sein soll. Will man das Geld aber durch freiwillige Beiträge aufbringen, so wird man bald die Erfahrung machen, daß die Versammlungen schlechter besucht werden. Nun mag man einwenden: „Wir sind kein Unterstützungsverein, sondern ein Kampfverein.“ Gut, aber ohne Mittel kein Kampf, ohne Kampf auch kein Sieg. Nun sprechen sich einige Verwaltungsstellen gegen die Auszahlung von Sterbegeld aus. Ich glaube auch gar nicht, daß der Genosse Gagner oder die hiesigen Kollegen zusammen, darauf verfaßt sind. Aber, wenn man das nicht will, dann komme man auf der Generalversammlung nicht und verlange dort ein

„Sterbegeld“ für die verheirateten Mitglieder, weil sie keine Meilenunterstützung genießen. Denn nur als Meilenunterstützung für Verheiratete ist ein — sehr niedrig gehaltenes — Sterbegeld von den hiesigen Schlichtern befürwortet. Ich glaube, wenn man von diesen Gesichtspunkten die Frage der Beitragserhöhung betrachtet, so werden auch die Zahlstellen, die sich bereits gegen die Erhöhung erklärt haben, Veranlassung nehmen, sich noch nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen und anders beschließen.

Oldenburg. In der wie gewöhnlich lebhaft besuchten Generalversammlung am 29. Dezember v. J., bei welcher die Neuwahl der Ortsverwaltung stattfand, wurden gewählt: als Bevollmächtigter Vogt, als Kassierer Köppler, als Revisoren Wittenburg, Schwertfeger, Wesper. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde vom Kassierer verlesen. Einnahme: Kassenbestand laut letzter Abrechnung 430,98, Beitragsanbehold von 14 männlichen Mitgliedern 4,20, 20 Wochenbeiträge 59,55, 22 Delegiertensteuermarken 2,30, 22 Stück Revisorensteuermarken 3,30, Summa 410,43. Ausgabe: Reisesegeld für 4022,2 Kilometer 480,46, für 2 Tage 2, Porto und Schreibmaterialien 0,53, Bibliotheksbed. 11,50, Summa 410,46. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung von den Revisoren beglaubigt, wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Obergrüne. Am 6. Januar hielten wir unsere Versammlung, welche gut besucht war. Es wurden in die Verwaltung gewählt resp. wiedergewählt, Menge, Bevollmächtigter, Heiseid, Kassierer, Mater, Wessel und Ullrich als Revisoren. Am Schluß der sehr lebhaft geführten Debatte ließen sich 17 Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Bei der Wahl des Bibliothekars wurden gewählt: Weart, Bibliothekar, Rog und Weller als Revisoren der Wäcker. Den Rechnungsbetrieb haben die Kollegen Mater und Rog übernommen, so daß die Frage jetzt geregelt ist.

Potsdam. Am 15. Dezember v. J. hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Als Bevollmächtigter wurde Radinsky wiedergewählt. Da Stivald ablehnte, als Kassierer weiter zu fungieren, wurde Kieß als solcher gewählt; als Revisoren Bloch, Schröder und Weinek. Sodann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche lautet: Mit dem Antrage der Schlosser z. in Nürnberg auf Erhöhung der Beiträge von 15 auf 20 M ist die Mitgliederbesammlung nicht einverstanden, ist vielmehr der Ansicht, daß das Einkreibegeld von 20 auf 30 M erhöht werden könnte, der Beitrag aber höchstens von 15 auf 20 M, wogegen die Meilenunterstützung auf alle Fälle 2 A pro Kilometer betragen muß, da die allgemeine Ansicht vertreten wird, daß sonst eine Schwächung des Verbandes eintreten könnte.

Schnieglitz. Nicht geringe Befürzung lief der Artikel in Nr. 52, in welchem die Mißstände in der Kaffelabrik in Schnieglitz, sowie das Verhalten des Direktors Herrn Noth gegen seine Arbeiter scharf gekennzeichnet wurden, bei diesem Herrn hervor. Dem Fabrikanten Noth paßte natürlich diese Douché mit eisalten Brunnenwasser nicht. Er versammelte daher am darauffolgenden Samstag Nachmittags sein gesamtes Arbeiterpersonal im Maschinenhaus, hier seinen Zorn in dreiviertelstündiger „Rede“ freien Lauf zu lassen, um gegen den Artikelsschreiber, sowie gegen den Referenten in der erwähnten Versammlung gehörig loszugehen. Natürlich erklärte der humane Fabrikant, alle gerügten Mißstände für eitel Lüge und Verleumdung und ist bei ihm Alles in schönster Ordnung. Daß kein Arbeiter wehr wagt, Herrn Direktor Noth entgegenzutreten, ist ja sicher, schon in Rücksicht auf die in letzter Zeit erfolgten Entlassungen solcher Arbeiter, welche sich unterfingen, ein freies Wort zu reden. Daß natürlich seine Vorarbeiter Alles zweifelsohne finden, ist ja auch selbstverständlich, zumal, da ihnen immer bessere Broden zufallen, als den übrigen Arbeitern. Da es Herr Direktor Noth unternehme, Alles als Lüge hinzustellen, so möchten wir doch die Frage an ihn richten: Inwiefern ist es eine Lüge, daß in Ihrem Geschäftsestrafen von 4 bis 15 M verhängt wurden? Wenn Sie jetzt den Arbeitern plausibel machen wollen, das sei bloß Schandensache — ist dies Ihnen dann nach Ihrer Fabrikordnung erlaubt? Aus welchen Personen besteht denn Ihr Arbeiterausschuß? Sind jeweils die Vorarbeiter, welche der Herr Direktor sich als Arbeiterausschuß erforen haben für das Wohl Ihrer Untergebenen eingetreten? Jeder richtig denkende Arbeiter muß dies mit Nein beantworten. Hat vielleicht die große Unzufriedenheit unter den Arbeitern genannter Fabrik der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der dort nur wenige Mitglieder hat, erregt oder Fabrikant Noth, welcher es verstand, die Löhne seiner Arbeiter auf ein tiefes Niveau herabzudrücken und dadurch die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung auf's Empfindlichste schädigte? Ist es

bleibt eine Uge, daß Herr Fabrikant Noth seinen Arbeitern das Koalitionsrecht genommen hat? Denn nach der Gewerbeordnung hat doch der Arbeiter ein gesetzliches Recht, sich zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen. Doch der Herr Direktor sagt uns wiederholt auch: „In meiner Fabrik mache ich die Gesetzgebung.“ Herr Direktor Noth hat seine christliche Gesinnung dadurch an den Tag gelegt, daß er für die Kleinkinderbewahrung einen Beitrag gab und den Arbeitern das Vorkosten machte, an einem Sonntag Früh einige Stunden ebenfalls für diesen christlichen Zweck zu arbeiten? Was er damit erreichen wollte, ist jedem Arbeiter klar. Denn, wenn jeder Arbeiter zwei Stunden arbeitet, so hat Herr Dr. Noth seine Spende vollständig wieder herausgeschlagen. Und was ist es mit den Strafgebern? Wer erhält daraus Vergütung? Warum mit der Antwort auf diese Frage! Warum hat Herr Werkmeister Zwitzke in der im Maschinenhaus abgehaltenen Versammlung gesagt, man müsse Herrn Dr. Noth nur dankbar sein für die sorgfältige Verwaltung der Strafgebern? Hat er etwa persönlichen Anlaß an dieser Dankbarkeit? Wenn die Mitglieder in Noth nicht Herrn Noth's Eigenheim ist, sondern bloß seiner Verwaltung untersteht, so müssen wir erst recht bedauern, daß er gegen die Mitglieder so „nachsichtig“ vorgeht. Wenn sich Herr Noth nicht um die „Sippenschaft“ kümmert (worunter er die Mitglieder des D. M. V. versteht), warum hat er ihr denn nicht freien Lauf gelassen, sondern die Arbeiter, welche der Organisation angehören, aus seinem „Eldorado“ entfernt? Und was sind es für Arbeiter, welche er hinausgeworfen hat? Leute, welche schon 6-12 Jahre und noch länger in genanntem Etablissement gearbeitet haben. Wenn der Herr Dr. höchlich sagt: „Ich glaube, die Vertriebenen sind nicht so schlecht, wie Sie glauben“, so muß ihm doch erwidert werden: „Glaubt er denn, er und Seinesgleichen hätten allein das Recht sich zu bilden? Oder sieht er die Arbeiter, welche alle Werthe schaffen, für Thiere mit Hörnern an? Das könnte dem sehr humanen Herrn Dr. freilich lieber sein, wenn keiner von seinen Arbeitern lesen oder schreiben könnte, wie jener Centrum's-Abgeordnete im Reichstag es wünschte. Will Herr Dr. Noth noch mehr hören? Nun, wir haben noch genug auf Lager. Noch eins, Herr Dr.: Sie sagten in Ihrer großen „Rede“, die von Ihnen ausgesprochenen könnten mit den schlechten Kapiteln hantieren gehen. Das könnte Ihnen vielleicht noch abgehen, auf solche Art und Weise Ihre „Produkte“ ins zu werden. Machen Sie nur so weiter, Herr Dr., Sie werden Ihre Arbeiter dadurch nur noch unglücklicher machen. Und wir sagen Ihnen, daß wir nicht ruhen und rasten, bis auch in Ihrem „Eldorado“ menschenwürdige Zustände eingetreten sind.

Wandabed. Mitgliederversammlung am 9. Januar. Der Bevollmächtigte verlas einen Brief der Hamburger Kollegen, worin die hiesigen Kollegen ersucht werden, sich an der im Juli stattfindenden Dampfschiffahrt zu beteiligen. Dies wurde abgelehnt. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 141,41, eine Ausgabe von 122,05, Restbestand 19,36. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Kaufmann berichtete von der letzten Kartellung und führte unter anderem an, daß beschlossen wäre, Fragebogen zu verbreiten, behufs Aufstellung einer Arbeitslosenstatistik. Jede Gewerkschaft habe 20 Prozent ihrer Mitglieder zur Verbreitung derselben zu stellen. Hierauf meldeten sich folgende Kollegen freiwillig: Meißner, Schneider, H. Schneider, Schmorath, Jurs, Hoffmann, Kaufmann, Höfener, Noth, Baumüller und Kohle. Es entspann sich dann eine erregte Debatte über einen Brief ohne Unterschrift. Das Verhalten des Schreibers derselben wurde als gemein und ehrlos bezeichnet. Darauf wurde der Antrag Schluß, ansonst eingehende Briefe etc. sofort zu vernichten, einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag des Kollegen Schulz auf Aufhebung des Fragekastens, nachdem verschiedene Kollegen die Zwecklosigkeit derselben klar gelegt hatten.

Wärzburg. Die hiesige Zahlstelle des D. M. V. hat am 5. Januar an Stelle ihrer Monatsversammlung zu Gunsten der Lokalfabrik eine Schlichtung abgehalten. — Die Schlichtung hat folgende Resultate ergeben: Einigkeit der Mitglieder am Ort 100, 27, von Durchreisenden 552, 20, Summa 2402. Beiträge: 10 1/2, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

richtigte ersten 488 durch. Davon waren 178 Schlosser, 70 Formner, 19 Klempner, 48 Dreher, 26 Feldehauer, 8 Mediziner, 2 Schmiedler, 8 Metallarbeiter, 7 Gelbleger, 2 Hingelher, 6 Glasarbeiter, 10 Schullehrer, 6 Kesselschmiede, 3 Kupferschmiede, 3 Drahtfleher, 3 Nadelmacher, 2 Wandler, 2 Schleifer, 2 Maschinenmacher, 2 Goldarbeiter. Im Durchschnitt beträgt die ansbezahlte Reiseunterstützung pro Mitglied 1,76.

Reiszeugmacher.
Nürnberg. Da jetzt die Feiertage vorüber, viele Wünsche und Hoffnungen der in der Reiszeugindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Wasser geworden sind, können wir es nicht unterlassen, die versprochenen hiesigen Etablissements einer kurzen Kritik zu unterziehen. Dem Anfang wollen wir diesmal mit der V. Pröbster'schen Reiszeugfabrik am Röhrlhor machen. In diesem Geschäft, welches mit Gasmotor angetrieben wird, waren im vergangenen Jahre 30 Personen (einschließlich der Lehrlinge) beschäftigt und im letzten Halbjahre wurden Ueberstunden gemacht und auch an den Sonntagsvormittagen gearbeitet. Von der Bezahlung des in der Werkstattordnung vorgeschriebenen zehnprozentigen Lohnzuschlages für Ueberstunden war keine Rede, wie auch die gesetzlichen Feiertage, welche laut Lohnvertrag für Wochenarbeiter bezahlt werden müssen, nicht bezahlt wurden. Allerdings sind daran die Gehälter in dieser Werkstatt selbst schuld, da sie sich Alles ohne Murren gefallen lassen. Jedoch enthält das Herr Pröbster seinen in früherer Zeit eingegangenen Verpflichtungen nicht. Eine Fremde bereitete er doch auch seinen Arbeitern, er gab nämlich jedem zum Weihnachtsgeschenk 4 Cigaretten — es sollten dieselben jedenfalls den fehlenden Weihnachtserlösen ersetzen, welchen sich Jeder, wenn Herr Pröbster seinen Verpflichtungen nachgekommen wäre, hätte anschaffen können. Aber er dachte: Selber essen macht fett, und gab Jedem 4 Cigaretten. Am Plage wäre es, wenn sich die Polizei in dieser Werkstatt zu verschiedenen Zeiten etwas umsehen würde, da dieselbe in sonstiger Beziehung, sowie in Bezug auf Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Vieles zu wünschen übrig läßt. Wir können es auch nicht unterlassen, auf das Gebahren des Vorarbeiters (des bekannten August) aufmerksam zu machen, durch dessen Vermittlung werden alle Anordnungen getroffen, welche eine Verschlechterung der Lage herbeiführen; derselbe ist auch besonders berüchtigt auf dem Gebiet der Verbringungsarbeit. Er hat ein ganzes Arsenal von Schimpfwörtern, die in keinem Besten anzuhören sind, und das Willkür der Lehrlinge steht auf der Tagesordnung. Eltern und Vormünder, welche ihre Kinder oder Mündel das Reiszeuggeschäft erlernen lassen wollen, möchten sich darauf aufmerksam machen, sich über die Verhältnisse erst eingehend zu unterrichten.

Schlosser u. Maschinenbauer.
Braunschw. (Schlosser u. Maschinenbauer.) Abrechnung über die ausgegebenen Listen für die streikenden Kollegen in Göttrou. Einnahme: Auf Liste Nr. 1 14,15, 2 6,35, 3 0,70, 4 5, 5, 6, 7 leer, 8 18,65, 9 12,45, 10 14,30, 11 3,10, 12 10,25, 13 9,45, 14 5,85, 15 20,50, 16 10,20, 17 8,80, 18 10,35, 19 12,85, 20 4,25, 21 12,65. Summa 177,85. Ausgabe: In die Hauptkasse in Stuttgart am 23. Sept. 100, 30. Okt. 25, 27. Nov. 39,10, 23. Dez. 12,95 gesandt, Porto 80, 3, 5, 177,85. Konrad Hamann, Bevollmächtigter. Revidiert durch die Bevollmächtigten: Alfred Paul, Hagenhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.
 Indem wir nachstehend die auf die Generalversammlung bezüglichen statutarischen Bestimmungen den Mitgliedern bekannt geben, befragen wir unter Hinweis auf diese Bestimmungen die

II. ordentliche Generalversammlung auf Montag, den 15. April 1895 nach Magdeburg.
 ein.
 Alle anderen auf die Generalversammlung bezüglichen Bekanntmachungen erfolgen später, nur weisen wir heute schon darauf hin, daß für die **Wahlkreisverteilung** die Mitgliederzahlen des IV. Quartals 1894, wie sie auf den Abrechnungen oder statistischen Zirkularen angegeben sind, zu Grunde gelegt werden. Es liegt daher im Interesse der Verwaltung selbst, dafür zu sorgen, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1894 uns bald durch pünktliche Einsendung der Abrechnungen und Zirkulare mitgeteilt wird. Die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigte etc. wollen daher ihre Abrechnungen, Zirkulare etc. bis **spätestens 22. Januar** einleiten (s. § 14 Abs. 8 des Statuts), andernfalls die Mitgliederzahl des 3. Quartals als Grundlage benötigt werden muß.
 Das Statut lautet bezüglich der Generalversammlung:

§ 15. Abs. 2. Die Generalversammlung wird durch Abgeordnete gebildet, welche durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit absoluter Majorität. In ihrer Vornahme werden Wahlabteilungen gebildet, welche der Vorstand festsetzt. Jede Wahlabteilung wählt für je 500 Mitglieder einen Abgeordneten; ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 500 theilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

§ 16. Vorschläge, welche zur Verabfolgung kommen sollen, müssen spätestens 14 Tage vor der Versammlung dem Vorstande eingereicht werden.

§ 17. In den Befugnissen der Generalversammlung gehören:
 a) Etwalge Veränderungen des Statuts;
 b) Prüfung, bezw. Bestätigung der Rechnungsabschlüsse;
 c) Wahl des Eltes für den Vorstand, die Revisionskommission und den Kassier;
 d) Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, des Hauptkassiers, des Sekretärs des Vorstandes, und des Ausschusses;
 e) Wahl des Redakteurs des Verbandsorgans;
 f) Bestimmung der Beamtenegehälter;
 g) Endgiltige Entscheidung über alle Verbandsangelegenheiten.

Auch hat sie den Zeitpunkt zur nächsten Generalversammlung festzusetzen.

An die direkt nach Stuttgart zahlenden Einzelmitglieder der Hauptkassa richten wir das Ersuchen, mit ihrer nächsten Beitragszahlung ihre Mitgliedsbücher einzuliefern, damit in denselben die durch Anzahrlisten der Listen notwendig gewordene Veränderung der Ordnummern vermerkt werden kann.

Bis zum 12. Januar hatten nachstehende Verwaltungen und Vertrauensmänner die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingekandt und ergeht an diese unter Hinweis auf § 14 Abs. 8 des Statuts das Ersuchen, dies umgehend zu thun.

1. Verwaltungen Stellen.
 Brühl 6, Köln, Hersefeld, Staff, Vahr.
2. Vertrauensmänner:
 Ragerdorf, Trier.

Abrechnungen des 3. Quartals stehen trotz wiederholter Mahnung noch aus:

1. Verwaltungen Stellen.
 Bayreuth, Biber bei Offenbach, Bromberg, Brühl, Camen i. W., Derendorf b. Düsseldorf, Erfurt, Erlangen, Essen (Klempner), Gledshtadt, Hagen, Hainau, Hersefeld, Staff, Vahr, Wilhelm a. d. Ruhr, Wöfen, Neuseid, Schleiditz.
2. Vertrauensmänner.
 Altwasser, Ragerdorf, Mustau und Umgegend, Trier.
3. Bevollmächtigte.
 Neumark i. Vgl., Zwickau.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:
 Nr. 98167 des Messerschmieds Hugo Kurz, geb. zu Berlin am 28. Januar 1866.

Im Anschluß hieran machen wir bekannt, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß für verlorene Mitgliedsbücher Ersatz verlangt worden ist und diese, nachdem sie ausgestellt und an Ort und Stelle gesandt waren, von den Bestellern nicht abgeholt wurden. Ebenso werden mitunter Ersatzmitgliedsbücher bestellt, ohne daß genügende Angaben, die eine Kontrolle ermöglichen, gemacht werden. Wir machen daher an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß wir nur dann Ersatzmitgliedsbücher ausstellen, wenn die genauen Personalien, die Hauptnummer des Mitgliedsbuches, der Tag und Ort des Beitritts, die letzte Verwaltungsstelle, an die der Buchhalter seine Beiträge entrichtet, sowie die im letzten Jahre zwecks Erhebung des Mitgliedsbuches vertriehenen Orte angegeben werden. Anstatt dieser letzteren Angaben können auch von den in Frage kommenden Ortsverwaltungen beglaubigte Angaben über die Einnahmen des auf einer Tour erhobenen Mitgliedsbuches, sowie die Anfangs- und Enddaten und Orte einer jeden Tour eingekandt werden und sind allen diesen Angaben 20 Pf für das Ersuchen und 20 Pf für Porto von **unserer** beizulegen.

Der Mitgliedsbuchzahler und bisherige Bevollmächtigte in Leipzig, Karl Schröder, geb. in Ludwigslust am 2. April 1863, Buch Nr. 67157, ist unter Mitnahme einiger Legitimationen und haaren Geldes von 16,75 von Leipzig verschwunden; er ist im Beitrittssfall teilnehmen zu lassen, auch ist darüber sofort nach hier zu berichten.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Vertriehen zu halten: **Holz- und Metallarbeiter von Göttrou** (Werkleuburgische Waggonfabrik), **Metallarbeiter von Nürnberg** (Schmied, Metallwarenfabrik), **Schlinging-Doos**,

Metallschläger von Nürnberg (Mitteln), **Formner von Tro a. d. Mosel**, **Ansbach**, **Offenbach a. M.** (Willy. Frennagen & Co.), **Wetzlar** (Weidmann & Wallenstein), **Dreher von Heidelberg** (Molitor & Co.), **Feldenhauer von Ludwigshafen** (Menner & Siegwart).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Eduard Werner, Stuttgart, Stadlerstraße 100,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittellungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiegenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprovisionen, Delegiertensteuer oder Generalkommissionenmarken ist.
 Mit kollegiale Grüß
Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkassa pro Dezember 1894.

Einnahme. Kassenbestand Ende Novbr.: 150,18. Beitritts-geld u. Beiträge: 215,11. Landau 40,52. Magdeburg-Buckau 100. Emskirchen 85,10. Nürnberg, Noth- und Glodengüter 150. Perford 38,60. Maderberg 50. Schöneberg b. Berl. 34. Chemnitz, Fellenhauer 61,20. H. F. Chemnitz, Leipzig 400. Leipzig-Ost 100. Berlin-Nord 159,65. Nürnberg, Glasner 90. Dsnabrid, Formner 40. Triberg 60. Offenbach 100. Göttrou 19,65. Leipzig-West 146,85. Hannover 15,80. Göttrou 15. Wabenschlag, Klempner 34,70. Auerbach, Vgl. 31. Durlach 27,85. Wittwolda i. C. 40. Wammheim 100. Wünnen, Formner 128. Silberdorf 71,68. Meer, Ostfriesland 189,70. Stettin 100. Altona 89,20. Nürnberg, Reiszeugindustrie 184,50. P. Sch. Wügeldorf 12. Malchow i. W. 7,85. Stettin-Zentr. 63,65. Oberndorf 22,70. Leunig 27,80. Sychow 23,65. Mathenow, Brücken- und Wincenearbeiter 150. Brestau 90. Zittau 15,20. Freiburg i. Br. 50. Stuttgart 5,90. Weizen 67,52. Hensburg 80. Weizingen 26,90. Beunath 34. Wünnen, Schlosser 100. Dresden-W. 174. Wünnen 35,10. Wühhelm a. Main 42,15. Oberndorf 26,60. Gulin 17,80. Wandbeck 21,35. Frankenthal 80. Hoflau 17. Chemnitz 800. Wodenhelm 198,88. Berlin-Nord 219,85. Wünnen, Fellenhauer 48,50. Münster i. W. 60. Stuttgart, Glasner 28,68. Tübingen 9,80. Wühhelm i. C. 29,38. Wülingen 53,60. Ragerdorf 71,40. Malchow i. W. 27. Karlsruhe 103. Leipzig-Süd 36,40. Göttrou 58,40. Wotzappel 140. Wünnen 50. Bant b. Wilhelmshaven 120. Mathenow, Einschleifer 40. Wüfeld a. d. Elbe 28. Heidenheim 16,85. Prenan 40. Darmstadt 40. Nürnberg, Schmiebe 111,47. Effen, Klempner 30,90. Ederndorf 34. Sagan 18,75. Düsseldorf 145. Dresden N. 68,90. Leipzig-West 86,80. Nürnberg, Schlosser 20,7. Fürth, Schläger 189,15. Schwabach 189,70. Gelsenkirchen-Schalke 53,80. Altona, Klempner 53,98. Ehrenfeld 40. Oberschlema 55. Magdeburg-Buckau 60. Passau 22. Triberg 20,75. Karlsruhe-Wühhelm 60. Wügeldorf 45,90. Aue i. C. 20. Emskirchen 19,50. Altona, Schmiebe 42,05. Altona, Schlosser 43,70. Gabeln 150,49. Wünnach 4. Wülingen 31,97. Weizingen 18,80. Wünnen, Schläger 29,20. Wünnig 29,30. Sagan 25. Wammheim 100. Heidelberg 40. Wandbeck 34,25. Fürth, Metallarbeiter 83,70. Wünnig 18,80. Penig 17,85. Hensburg, Klempner 24,40. Schwelm 45. Herbruck 41,25. Wünnen, Siebmacher 26,60. Kappel i. C. 92,10. Döbeln 79,50. Hofenhein-Erfsthal 180. Einzelmitglieder der Hauptkassa 86,18. — Eingegangene Gelder ohne Angabe des wofür: Neustadt a. Orla 15. Weizingen 15. Magdeburg-Südenburg 88,40. Gannstatt 70. Brunsbüttel 60. Wünnen i. W. 195,17. Schöneberg b. Berl. 20. Gabeln 31,22. Pirna 180. Wüfeld 120. — Delegiertenmarken à 10 Pf: Landau 1,80. Emskirchen 1,60. Chemnitz, Fellenhauer 3,80. Berlin-Nord 11,80. Nürnberg, Glasner 21,80. Stuttgart 49,40. Leipzig-West 12,10. Wünnig-Schweig, Klempner 1,70. Durlach 1,80. Wünnen, Formner 9. Silberdorf 7,80. Altona 88,20. Stettin-Zentr. 4,10. Oberndorf 1,10. Sychow 2,80. Zittau 1,10. Stuttgart 11,10. Weizen 9. Weizingen 0,40. Beunath 1,60. Wünnen 3,70. Wühhelm a. M. 3,20. Gulin 1. Wandbeck 0,40. Hoflau 1,60. Wodenhelm 12,50. Berlin-Nord 15,80. Wünnen, Fellenhauer 4,41. Stuttgart, Glasner 3. Tübingen 0,60. Wühhelm i. C. 4,10. Wülingen 3,80. Bergedorf 4,90. Leipzig-Süd 0,90. Aue i. C. 29,50. Göttrou 2,50. Bant b. Wilhelmshaven 14. Wüfeld a. d. Elbe 2. Heidenheim 1,90. Effen, Klempner 2,90. Ederndorf 1,40. Sagan 0,60. Düsseldorf 28. Dresden-N. 12,20. Leipzig-West 9,50. Fürth, Schläger 17,40. Schwabach 8,60. Gelsenkirchen-Schalke 7,20. Altona, Klempner 4,10. Göttrou 30. Triberg 1,90. Karlsruhe-Wühhelm 4,10. Emskirchen 2,20. Altona, Schmiebe 3,30. Altona, Schlosser 14,10. Gabeln 2,60.

Begleiterscheinungen populär dar, erhöht dann im zweiten Theil die Mittel der theilweisen Abhilfe in der heutigen Gesellschaft und führt aus, wie nur mit der Befestigung der heutigen Wirtschaftsweise dieses soziale Wesen der modernen Zeit gebannt werden könne. Wir empfehlen diesen gelungene Schriftchen bestens.

Briefkasten.

Pörgendorf. Brief kostete 20 S Strafvorl.
Waldenhelm. Aufforderungen wegen Privatschulden können nicht annehmen.
Schw. Gustav u. Oldenburg. Wir ersuchen, fernerst die Anzeigen nicht auf die Rückseite des Blattes, sondern auf das eine Blatt zu schreiben!
J. Mannheim. Wir brauchen kurze Berichte (s. Beschluß in Alzenburg 1898). Dann aber war für den Nichtabdruck weiter Bestimmung, daß für uns Personen, welche ihre Verleumdungsbildung unter den bekannten Umständen aufgegeben haben, nicht mehr existieren. Und schließlich haben wir vor ca. einem Jahre über das betreffende Thema bereits einen längeren Gentlemenartikel gebracht.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Alzen. Sonntag, 20. Jan., außerordentliche Mitglieder-Versammlung. T.D.: Einzahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes.
Jugoslavien. Samstag, 19. Jan., Abds. 8 Uhr, Versammlung. T.D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag über: Die Arbeiterbewegung und die Kämpfe in letzter Zeit. Verbandsangelegenheiten. Fragekasten. Verschiedenes.
Alzenburg. Sonnabend, 19. Januar, Versammlung im „goldenen Löwen“. Diejenigen Mitglieder, welche im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden ersucht, dieselben bestimmt an diesem Tag abzugeben. Nächste Ausgabe der Bibliotheksbücher Sonnabend, 26. Jan.
Alt- und Neugersdorf. Sonnabend, 19. Jan., Jahrlabend in der „Felschänke“. Die Restanten werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
Jodenhelm. Samstag, 19. Jan., in der „Wahlhalla“, Mitglieder-Versammlung. T.D.: Geschäftliches. Vortrag: Recht auf Faulheit. Referent: J. Brand aus Frankfurt. Verschiedenes. Die Restanten, hauptsächlich die vom vorigen Jahre, werden an ihre Pflichten erinnert.
Cannstatt. (Sektion der Formier.) Samstag, 19. Jan., Abds. 8 Uhr, Einzahlung bei Chr. Dietle, Schulbenerstraße.
Pörmstadt. Laut Versammlungsbeschl. vom 12. Januar finden unsere Versammlungen von jetzt ab alle 8 Tage Samstags statt. Sie werden punkt 9 Uhr eröffnet und möglichst um 11 Uhr geschlossen. Nächste Versammlung am 19. Januar.
Dortmund. (Sektion der Klempner.) Samstag, 26. Jan., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.
Dresden-Neustadt und Umgegend. Sonntag, 20. Jan., Exkursion nach der Endstation der Straßenbahn. Die ausgegebenen Karten haben Gültigkeit. Sammelpunkt halb 2 Uhr im Restaurant Zimmermann, Schönbrunnstr. 1. Zahlungen finden jeden Sonnabend von 8-10 Uhr statt: Restaurant Zimmermann, Schönbrunnstr. 1 und „Goldene Gasse“, Thalstr. und Bouisstr.; Piefchen: im Restaurant „Zur Börse“, Leipzigerstr., am 2. Februar wird die Zahlstelle Behrnt, Fichtenstr., nach dem Restaurant zur „Gleichheit“, Moritz Bange, verlegt. Ferner ist in Hadebeul in Welter's Gasthof nur Zahlgelegenheit an Sonnabenden nach dem 1. und 15. jeden Monats von 8 bis 10 Uhr. Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen und das Alte zu besichtigen.
Düsseldorf-Verendort. Sonntag, 20. Jan., Nachm. 5 Uhr, Versammlung bei Hofeisen. T.D.: Vortrag des Kollegen Gärtner: Das Recht auf Faulheit. Wahl eines Bibliothekars. Verschiedenes.
Eisenach. Sonnabend, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im Gasthof zum fröhlichen Mann, Mitglieder-Versammlung. T.D.: Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Erfurt. Sonnabend, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T.D.: Diskussion über die Erhöhung der Beiträge. Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.
Erlingen. Samstag, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Reichsadler“.
Frankenthal. Samstag, 19. Januar, Abds. halb 9 Uhr, bei Reister, Speyererstr., Mitglieder-Versammlung. T.D.: Bei-

tragserhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht. Erläuterung der Gewerbeordnung. Verschiedenes.
Freiburg i. B. Samstag, 20. Januar, Versammlung in der Restauration Schwank, Weberstraße. T.D.: Vortrag von Herrn Dr. Förster über: Die freie Liebe. Sammlische Holz- und Metallarbeiter sind eingeladen.
Göppingen. Samstag, 19. Jan., Abds. 8 Uhr, Versammlung in den „3 Könige“ (oberes Zimmer).
Göppingen. Sonnabend, 20. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Jahrlabend bei Hellmanns, Langenstr. 48.
Grimberg i. Schlef. Sonntag, 20. Jan., Nachm. halb 9 Uhr, Generalversammlung. T.D.: Verlesung des Protokolls. Jahresbericht des Bevollmächtigten. Kassenbericht des Kassiers. Vespreehung über das Wintervergnügen. Verschiedenes. Die Restanten werden auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht.
Guben. Sonnabend, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Engelmann, Markt 13. T.D.: Endgiltige Beschlusfassung über das abzuhalten der Sitzungsfest. Verschiedenes.
Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 22. Jan., Mitglieder-Versammlung im „Gammont-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen 30. Tagesordnung wird im „Hamburger Echo“ am Sonntag, 20. Jan. bekannt gegeben. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen gegen den Verband nachzukommen. Beiträge werden in den Versammlungen entgegengenommen. Bezirkskassier für Barmbeck ist jetzt Dammann, Mönchelbergstr. 30, Haus 21 und machen wir die Barmbecker Kollegen darauf besonders aufmerksam.
Heidelberg. Samstag, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rothem Löwen“, Steingasse. T.D.: Neuaufnahme von Mitgliedern und Beitrags-erhebung. Abrechnung vom 4. Quartal. Vortrag. Verschiedenes.
Jelmstedt. Sonnabend, 26. Januar, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches Erscheinen aller Mitglieder nöthig. Die Restanten werden auf § 8 des Statuts aufmerksam gemacht.
Joh. Samstag, 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Deeg (Mühlbamm), Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.
Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 19. Jan., Versammlung in der „Kaiser-Wee“.
Leer. Sonnabend, 19. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Wörbestr. T.D.: Einnahme der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Fragekasten. Verschiedenes.
Mühlhausen i. Thür. Sonnabend, den 19. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Herling's Lokal, Annen-gasse. Die Restanten werden auf § 8 des Statuts aufmerksam gemacht, da von jetzt ab genau danach gehandelt wird.
München. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 26. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gaubrunn“, Sendlingerstr. 10. T.D.: Vortrag von Gen. Krieter über Spielzeuge. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes. Am Sonntag, 20. Jan., treffen sich die Mitglieder zu einer gemüthlichen Zusammenkunft in der Wirtschaft zum „Löwen“, Ecke der Geier- und Balbestr.
Neu-Ruppin. Sonnabend, 26. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen und zugleich wird auf § 3 Abs. 6a aufmerksam gemacht.
Nürnberg. (Sekt. d. Metallindustrie.) Montag, 21. Jan., Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal Verwaltungssitzung, zu welcher auch die Werkstatthaltervereinsleute zahlreich erscheinen wollen. Der Bevollmächtigte G. Schuch wohnt Wiesenstr. 133/11.
Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 26. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Saale des Herrn Herzog, Neuthorstraße. T.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Die Ernährungswiese des Menschen. Referent: Gen. Pfl. Wiemer. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch liegt im Interesse der Kollegen. Nächste Woche beginnt die Ausgabe der Delegiertensteuer à 10 S für das 1. Quartal 1898 und wird von den Mitgliedern erwartet, daß sie ihrer Pflicht gerecht werden.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 26. Januar, Abends 8 Uhr, im „Jannenthal“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden auf ihre Pflicht bei der Extramarkte à 10 S, welche in diesem Monat zur Ausgabe kommen, erinnert.
Obergrün. Sonntag, 20. Januar, 11-12 Uhr, bei Kochstämpfer, Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

Schmittsche ausgeliehenen Bücher müssen bis zur nächsten Versammlung beim Bibliothekar abgegeben werden.
Oldenburg. Die Mitglieder, welche noch Mittheilungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu machen haben, werden ersucht, sich am 23. Januar, Abends 9 Uhr, im Vertikalklokal einzufinden. Die restirenden Kollegen machen wir hiermit nochmals auf § 3a aufmerksam.
Pforzheim. Montag, 21. Jan., Abds. 8 Uhr, gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Gold. Löwen“. T.D.: Abrechnung vom Sitzungs-fest. Lokalfrage. Verschiedenes. Sammlische Mitgliederbücher sind bei der nächsten Versammlung Verluß Revision abzugeben. Diejenigen Mitglieder, welche an den beiden vom Gewerkschaftsrat veranstalteten Kursen (Buchführung und Geographie) teilnehmen wollen, werden gebeten, sich unbedingt in der nächsten Versammlung zu melden.
Rathenow. (Sektion der Brillen- und Glaserarbeiter.) Sonnabend, 20. Januar, Mitglieder-Versammlung. T.D.: Stellungnahme zur Wilmberger Resolution auf Erhöhung der Beiträge. Bericht über das Protokoll des Gewerkschaftsrates. Wie sollen die Beiträge für das Gewerkschafts-kartell aufgebracht werden? Verschiedenes.
Rixdorf. Sonntag, 27. Jan., Vorm. halb 11 Uhr, Versammlung bei Krummer, Berlinstr. 138. T.D.: Wissenschaftlicher Vortrag des praktischen Vertreters der Natur-helfende, Herrn A. Greiner. Diskussion. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht. Gäste willkommen.
Rostau. Sonnabend, 20. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Schulz. Tagesordnung im Lokal. Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
Schwäb. Sonntag, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Groll. T.D.: Jahresabschluss. Wahl. Verschiedenes.
Schöneberg b. Berlin. Da infolge des Todesfalls der Frau Rehner die Versammlung am 9. Januar nicht stattfinden konnte, findet die nächste Mitglieder-Versammlung am 28. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Rehner, Grünwaldstr. 110, statt. Tagesordnung wie für 9. Januar.
Schramberg. Samstag, 19. Januar, Abds. 8 Uhr, bei Mühl, Mitglieder-Versammlung. T.D.: Einzahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Frage-kasten. Kassenbericht. Verschiedenes.
Schwäb. Gmünd. Samstag, 26. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthaus zum Löwen“. Tagesordnung im Lokal.
Stettin-Zentr. Sonnabend, 20. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Buhrow'schen Lokal, Hofengarten 6. T.D.: Kassenbericht und Bericht der Ortsver-waltung. Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes und Fragekasten. Die Woh-nung des Bevollmächtigten Otto Manjofath ist Stollingstr. 3, v. 1.
Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 19. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglie-der-Versammlung im „Gasthaus zum Hirsch“, Zimmer Nr. 20. Zahlreiches Er-scheinen erforderlich. Zugleich geben wir bekannt, daß das Wintervergnügen heider Zahlstellen am Sonntag, den 3. Februar, im „Arbeiterheim“ stattfindet und sind Programme zu demselben in der Versammlung erhältlich.
Wiesbaden. Samstag, 26. Januar, Mitglieder-Versammlung. Von da ab regelmäßig alle 14 Tage.
Witten. Dienstag, 22. Januar, Abends 8 Uhr, Jahrlabend in Herrmann's Restau-ration, auß. Dybnerstr.
Allgem. Franken u. Sterdecke.
Pörmheim. Laut Beschluß der in Konferenz in Ginnheim findet die nächste Konferenz (Ort? Zeit?) am 27. Januar, Nach-mittags 3 Uhr im: Kassenlokal, Arnaburger-strasse 15, zum Scheidwalder, statt, wozu die Ortsbeamten der 20. und 22. Wahlab-theilung eingeladen sind.
Öffentl. Versammlungen.
Leipzig. Sonntag, 27. Jan., öffent-liche Metallarbeiter-Versammlung aller Bezirke. Lokal und Zeit wird in der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt gegeben. T.D.: Vortrag über Werth und Nutzen eines Arbeitsnachweises, ev. Gründung eines solchen. Gewerkschaftliches. Referent: Reichs-tagsgewerkschafter Wilm Gericke-Berlin. Kollegen, in Folge der Maßnahmen seitens der Polizeibehörden ist es dringend nöthig, daß jedes Mitglied für unseren Verband agitiert. Die Bibliothek ist jeden Mittwoch und Sonnabend von 8-10 Uhr geöffnet. Die Verbandsbücher sind bei Entnahme von Wählern stets mitzubringen.
Schöneberg b. Berlin. Am 27. Jan., Nachm. 4 Uhr, bei Rehner, Grünwaldstr. 110,

Öffentliche Metallarbeiter-Versamm- lung. T.D.: Wechsels organisieren wir uns? Referent: Genosse Kaiser. Stetig. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsrat. Ver-schiedenes. Nachher gemütliches Besam-meln mit Tanz.

Anzeigen.

Notice.
Unser Mitglied
Erhard Zimmermann
ist am Samstag, den 12. Januar,
Nachts 1 Uhr, im Spital verstorben.
Ehre seinem Andenken.
Sektion der Holz- und Glaserarbeiter
München.
Am 18. Dezember v. J. starb nach
zätigem schweren Leiden in Folge eines
Sturzes vom Dach unser Mitglied,
der Klempner
Gulur Fischbach.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
die Einzelmitgl. zu Weichenbach i. B.

Ein Haus mit Laden
und gutgehender Klempnerlei, seit 16
Jahren im Betrieb, wird veränderungs halber
sokort verkauft. Näheres in der Expedition.

Eine Fabrik in Norden
sucht als Fabrikleiter einen jungen tüchtigen
Metallarbeiter, der auch mit der Fabrikation
sogenannter Klippfäden bekannt ist. Off. aus
„Fabrik Schweden 2581“ an Aug.
J. Wolf & Co's. Annen- u. Ropra-
hagen K. Dänemark.

Durch Hinzug. verk. e. gutes Schlosser-
geschäft i. vollem Betrieb m. Gebunden.
gr. Garten um 16,500. Umg. 4000,
Mehrertrag 16 1015.
Näheres: W. H. Stern, Didesloe i. Hoff.

Das Witwen Otto Mahler, Trauerf.,
Nr. 41742, wird gebeten, seine Adresse an
Hermann Basse, Erfurt, Kochlöffe 2a,
einzufachen.

Bitte die Kollegen um die Adresse des
Schlossers Wilhelm Jons, früher in
Oranien, jetzt angeblich in Berlin (Maschi-
nenfabrik Beermann).

Paul Palinowski, Bevollmächtigter,
Grünberg (Schlef.), Niederstr. 20.
Der Former Gottlieb Faulstich, geboren
den 2. Juli 1865 zu Frankfurt a. d. O. wird
dringend ersucht, seine Adresse an seinen
Schwager, Julius Winkler, Frankfurt
a. d. O., Schauffestr. 42, wegen Erbschaftsan-
gelegenheiten anzugeben. Die Mutter ist
gestorben.

Peter Jangendruck, Heilenhauer, wird
ersucht, seinen Aufenthalt dem Heilenhauer-
Fachverein Winterthur mitzutheilen be-
zugs Ansbundung des Vereinsbuchs.

Ich erlaube um Angabe der Adresse des
Schlossers Jansp aus Nürnberg und Er.
Schmidt aus Probst-Kella, Buch-Nr. 74618.

Wer über den Verbleib des Kollegen
Louis Marienhagen, Klempner aus
Göttingen, Buch Nr. 42788, Auskunft er-
theilen kann, wird ersucht, Nachricht an die
Ortsverwaltung Göttingen gelangen
zu lassen.

Der Schlosser Georg Kupfer, Buch
Nr. 74448, geboren in Ansbach, eingetreteten
dieselbst, wird hiermit aufgefordert, seine
Adresse an unseren Kassierer Joh. Schuch-
mann, Kießstr. 28, gelangen zu lassen.

Der Former Wilhelm Braun, Buch
Nr. 73092, geb. am 31. Juli 1875 zu Göp-
pingen, eingetreteten am 8. April 1894 in
Weihen, der Former Andr. Creppel,
Buch Nr. 23951, geb. am 21. Dezbr. 1871
zu Franenthal, eingetreteten am 2. April 1892
zu Welsch-Kirch, sowie der Schlosser Ber-
mann Jenz, Buch Nr. 64884, geboren am
12. Oktober 1861 zu Plauen, eingetreteten am
28. März 1893 in Stuttgart, werden aufge-
fordert, ihre genaue Adresse hieher gelangen
zu lassen, damit denselben ihre Mitglieds-
bücher zugest. werden können.

Ortsverwaltung Hof i. B.

Fahnen,
Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereinsabzeichen
u. für Arbeiter, Sänger, Turner,
Schützenvereine u. s. w. von billigster bis
zu feinsten Qualität in Acht Gold und wach-
sächler Seide, nur Handarbeit in künstlerischer
Ausführung empfiehlt die Fahnenfabrik
von Frau M. Grillenberger, Nürnberg,
Waldenstr. 12. Beste Referenzen seit zehn-
jähriger Thätigkeit von zahlreichen bestren-
deten Vereinen in den versch. Theilen Deutsche-
lands. Preis-Courant gratis und franko.
Bestellungen für die Frühjahrszeit, speziell
für den 1. Mai, während der Wintermonat-
erbeten. Zweijährige Garantie.